

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Woll und Reiz' mit 'Siedlung und Kleingarten'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierzeile 80 Pfennig, Reklamazeile 1.- Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 14. April 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Ende eines Justizskandals.

Genosse Worch freigesprochen. — Niederlage des Thüringischen Ministeriums.

Rudolstadt, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fand die Berufungsverhandlung gegen den Gemeindevorsteher Genossen Worch statt...

In der Berufungsverhandlung traten wieder die beiden Studenten als einzige Belastungszeugen auf. Sie allein konnten über die fraglichen Vorgänge ausfragen...

Durch diesen Freispruch ist eins der ungeheuerlichsten Urteile der letzten Zeit annähernd wieder gutgemacht worden. Man muß sich vor Augen halten, daß das Schöffengericht in Rudolstadt am 20. November auf Grund derselben Zeugenaussagen...

Die Vorgänge, die den Vorwand zur Erhebung der Anklage abgaben, haben sich im November 1923 abgepielt, in jenen erregten Tagen, als Hitler seinen Putsch in Bayern vorbereitete...

Jammerte. Thüringische Studenten suchten über die Grenze nach Bayern zu gehen, um sich den Ehrhardt-Truppen anzuschließen. Worch, der damals Leiter des Landesstriminalamtes war, nahm eine große Anzahl verdächtiger Studenten fest...

Die politischen Hintermänner jener Studenten haben die Neuherung als bald dem damaligen militärischen Befehlshaber, General Hasse, hinterbracht und dieser, der sich im Volksgelühl seiner Macht in alle Regierungsgeheime einmischte...

Es handelt sich also hier um einen Fall der ausgesprochensten Partei- und Tendenzjustiz, die vom thüringischen Ordnungsministerium eingeleitet wurde. Das Schöffengericht hat augenscheinlich dem Druck von oben nicht widerstehen können...

Nach dem Spruch der Rudolstädter Strafkammer erwarten wir, daß das Ministerium schleunigst die vorläufige Amtsenthebung Worchs beseitigt und damit auch von sich aus das Unrecht wieder gutzumachen sucht...

Russische Kampfansage.

An den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz.

Der russische Volkskommissar Tschitscherin hat am 7. April an den Generalsekretär des Völkerbundes Drummond eine Antwortnote auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz...

Es wird darin zunächst der russische Standpunkt in dem Konflikt mit der Schweiz wegen der Ermordung Worowikys wieder entwickelt und die jetzigen Versicherungen der Schweizer Regierung...

Die letzte Session des Völkerbundes, die in Genf abgehalten wurde, hat in dieser Stadt, dem Sitz des Völkerbundes, keineswegs die Existenz einer Atmosphäre bewiesen...

Aus der Tatsache aber, daß trotz der bereits formulierten Weigerung Sowjetrußlands, nach Genf zu kommen, der Völkerbundrat an Genf als Tagungsort festgehalten hätte...

„Daß er von Anfang an sich bemüht das Ziel gestellt hatte, die Beteiligung der Union der SSR an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu verhindern, und daß alle seine formellen Deklarationen über die enorme Wichtigkeit, die der Mitarbeit der U. S. S. R. bei dem Abrüstungswerke obgleich belagert wird, der Aufrichtigkeit und des realen Wertes entbehren.“

Und da die Nichtbeteiligung Sowjetrußlands für gewisse Staaten ein Vorwand sein werde, „das Werk der allgemeinen Abrüstung oder der Rüstungsverminderung zu sabotieren“, zieht Tschitscherin daraus die Schlussfolgerung...

„Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammenzutreten, wenn sie überhaupt jemals zusammentreten wird, um Vorschläge zu unterfragen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorgesehen ist, und die mit dem entschlossenen Ziel formuliert sein werden, den Mißerfolg des Unternehmens zu sichern.“

Tschitscherin bezeichnet den Ausschluß der Sowjetunion von der Konferenz als eines der von Houghton erwähnten „Mittel zur Sicherung des Mißerfolges der Konferenz“, obwohl gerade die Sowjetunion als erste Macht schon vor vier Jahren in Genf die Einberufung einer solchen Abrüstungskonferenz angeregt...

„Die Stellungnahme der Leiter des Völkerbundes in bezug auf die Wahl des Ortes dieser Konferenz hat die Sowjetregierung ebengültig von dem wenig ernsten Charakter und von dem Mangel an Aufrichtigkeit in dieser Initiative des Völkerbundes überzeugt sowie von seiner Unfähigkeit und Abgeneigtheit, ein so wichtiges Werk wie die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz zu verwirklichen.“

Die Sowjetregierung werde den Tag abwarten, an dem die Initiative zu einer Abrüstungskonferenz „von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist und die bessere Garantien des Erfolges wird bieten können als der Völkerbund.“

Tschitscherin schließt mit der Hoffnung, „daß der Völkerbund sich in Zukunft bemühen wird, die Sowjetregierung zu Konferenzen nur in den Fällen einzuladen, wo die Leiter des Völkerbundes auch tatsächlich wünschen, daß sie sich daran beteiligen.“

Diese Note Tschitscherins wiederholt lediglich den Gedankengang seiner Ostermontagrede vor der ausländischen Presse in Moskau, so daß wir bei unserer Stellungnahme auf die Ausführungen in der Morgenausgabe des 'Vorwärts' vom Mittwoch, den 7. April, verweisen können.

Es ist indessen eigenartig, daß der Ton dieser offiziellen Note womöglich noch aggressiver, ja beleidigender ist als seine mündlichen Ausführungen vor den ausländischen Journalisten. Wenn man ein diplomatisches Dokument in solchen Ausdrücken faßlich verfaßt, so ist die Absicht der

Türkisch-italienische Kriegsgefahr!

Ein Warnungsdruf aus Brüssel.

In ausgezeichnet unterrichteten Kreisen Belgiens herrscht die Ansicht vor, daß Mussolinis Kreuzerfahrt nach Lybien in Wirklichkeit als eine Drohung gegen die Türkei aufzufassen ist, vielleicht sogar als Flottenmobilisierung zu einem bevorstehenden Angriff. In verschiedenen europäischen auswärtigen Ämtern hat man bestimmte Kenntnisse von Kriegsvorbereitungen Italiens gegen die Türkei...

Das übliche Dementi.

Mailand, 13. April. (EP.) Gegenüber den Befürchtungen ausländischer Zeitungen und besonders türkischer Blätter, die das Erscheinen der italienischen Kriegsschiffe unter dem Oberbefehl Mussolinis an der türkischen Küste hervorgerufen hat, betonen die römischen Blätter den friedlichen Charakter der Mittelmeerfahrt des italienischen Regierungsoberhauptes.

Todesurteile in Athen.

Gegen die Rebellen von Saloniki.

Athen, 13. April. (WIB.) Das außerordentliche Kriegsgericht verurteilte die Führer des Aufstandes von Saloniki, die Obersten Diavelos und Karakufas zum Tode und sieben weitere Angeklagten zu Freiheitsstrafen.

Die Bomben auf Peking.

Bis jetzt 19 Tote.

London, 13. April. (WIB.) Blättermeldungen aus Peking geben die Zahl der durch Abwurf von 40 Flugzeugbomben getöteten Personen mit 19 an.

Ungeklärte Lage.

Peking, 13. April. (Meuter.) Es steht nunmehr fest, daß Staatspräsident Tschantshijui nach dem Staatsstreich sich in ein Handelsgebäude im Gefandenshofviertel geflüchtet hat. Er hat die Staatsiegel mitgenommen und erklärt, daß er für die während seiner Schwefenheit ergebenden Verfügungen nicht verantwortlich sei. General Wupeifu hat die Mitglieder der Kuomintangpartei aufgefordert, sich bedingungslos zu ergeben.

Förderung der Anschlußbewegung.

Durch eine Pariser Senatdebatte.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe der Beratung über das Budget des Außenministeriums im Senat hat ein Senator seine Absicht angekündigt, die Regierung über die Anshlußpropaganda in Deutschland und Österreich im Zusammenhang mit den in der letzten Zeit erfolgten Kundgebungen zu interpellieren. Ministerpräsident Briand hat sich bereit erklärt, diese Anfrage im Laufe der Locarno-Debatte des Senats zu beantworten; diese dürfte sofort nach der endgültigen Verabschiedung des Budgets beginnen.

Beleidigung und Provokation unpertinbar. Nach so viel Grobheiten an die Adresse des Völkerbundes und seine Leiter ist es eigentlich erstaunlich, daß Tschischerin in einer Schlussworte des Generalsekretärs des Völkerbundes seiner „vorzüglichen Hochachtung“ versichern zu müssen glaubt. Das ist bei einem so echten revolutionären Diplomaten wie Tschischerin eine geradezu bedenkliche Konzeption an die Kleinbürgerlichen Umgangsformen der nichtsozialistischen Welt.

Tschischerins Argumentation läßt sich etwa folgendermaßen gliedern:

1. Wir haben eine Differenz mit der Schweiz.
2. Die Schweiz ist im Unrecht und will es nur 50prozentig einsehen.
3. Genf liegt in der Schweiz.
4. Solange uns die Schweiz nicht 100prozentig Genugung verschaffen wird, gehen wir nicht nach Genf.
5. Da die Abrüstungskonferenz dennoch nach Genf einberufen wird, werden wir nicht daran teilnehmen.
6. Und da ihr wußtet, daß wir die Schweiz zur Kapitulation vor uns zwingen wollten, ist es eine Gemeinheit von euch, daß ihr uns, dem schwachen Rufland, nicht geholfen habt, die mächtige Schweiz auf die Knie zu zwingen.
7. Demnach ist bewiesen, daß ihr uns gar nicht dort haben wolltet.
8. Ja, ihr habt absichtlich Genf gewählt, um uns von der Abrüstungskonferenz auszuschließen.
9. Ueberhaupt: Ihr wolltet gar nicht abrüsten, sondern ihr brauchtet nur einen Vorwand, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen. Und deshalb hattet ihr an Genf fest.
10. Die Einzigen, die abrüsten wollten, sind wir, die Sowjetrussen. Das werden wir euch in allen Städten der Welt beweisen, nur nicht in Genf.
11. Denn Genf liegt nicht nur in der Schweiz, sondern ist außerdem der Sitz des Völkerbundes.
12. Und wir sind grundsätzliche Gegner des Völkerbundes. Es war eine reine Gefälligkeit von uns, daß wir das Ränkeische Hilfswerk des Völkerbundes für unsere hungernden Volksgenossen in Anspruch nahmen, im übrigen seid ihr alle Schurken.
13. Nur wir sind anständige Leute, treiben keine Geheimdiplomatie, sind friedfertig, abrüstungsbereit, ehrlich, aufrichtig und die Welt wird erst herrlich sein, wenn sie aus lauter Tschischerins, Sinowjews, Tscherschinis und Kyprienkos besteht.
14. Sie, Herr Generalsekretär, sprechen im Namen einer Organisation von Heuchlern und Banditen; genehmigen Sie den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Auf diese Beweisführung ließe sich verschiedenes erwidern. Da dies aus Anlaß der Ostermontagsrede Tschischerins hier bereits geschehen ist, können wir es uns ersparen und begnügen uns mit der Feststellung:

Wenn morgen die Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten eine englisch-amerikanisch-russische Konferenz nach Genf einberufen würden mit der Tagesordnung: Restlose Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Sowjetrusslands und Gewährung eines Kredits von einer Milliarde Dollar an Sowjetrussland nebst Stützungsaktion für den wankenden Tschernomoh, ach, wie schnell würde eine sowjetrussische Delegation mit Herrn Tschischerin an der Spitze, begleitet von einem Heer von technischen Mitarbeitern zum baldigsten Termin dorthin fahren. Und was wäre dann die Schweiz für ein herrliches Land und Genf für ein Paradies!

Beendigung des Studentenstreiks in Rumänien. Die rumänischen Studenten erklärten nach Einberufen mit dem Innenminister den Studentenstreik für beendet. Die Vorlesungen an den Universitäten werden am 12. April wieder aufgenommen werden. — Der aktive Bogromist Cuzja ist als Universitätsprofessor wieder eingesetzt!

Der Teufel im Hinterwald.

Im bayerischen Hinterwalde geht der Teufel um! Für alle frommen Gemüter ist es ein Rätsel. Der Verstand steht ihnen still. Es muß auch wahrlich mit seiner Großmutter zugegangen sein, daß der Langbeschwerte durch das Sehege von Wallfahrtskirchen, Pfarrhöfen, Märkten und anderen Schildwachen der Tugend in die Sittlichkeitsgefilde von Ordnungszell einbrechen konnte. Oder sollte es vielleicht gar geschehen sein, als Freiherr von Om, der Passauer Bischof, zu viel Sinnen und Trachten auf die Rettung der Fürstentummissionen verwandte und dabei die Tugendmacht ganz außer acht ließ, so daß der + + + Böse sich für die Ränke gegen die Fürstentummissionen rächen konnte, die ja nach biblischer Verlautbarung Teufelswerk ist?

Wie es auch gekommen sein mag — es ist fürchterlich! In einem kleinen Dorfe nahe bei Regensburg, der allerchristlichsten Hoch, zählte man nicht weniger als 18 junge Mädchen im Alter von 16 bis 18 Jahren, die der Teufel so stach, daß sie heute in anderen Umständen oder gar schon Mutter sind. Auch in Regensburg selber wurden unzählige Schüler und Schülerinnen der christlichen Konfessionsschule festgesetzt, die dem Teufel der Verführung erliegen waren. Das Allerheiligste aber geschah in dem nicht weniger christlichen Bamberg. Dort fuhr der Teufel in acht bis vierzehnjährige höhere Töchter des Instituts der hochwürdigen Englischen Fräulein, was zur Folge hatte, daß die christlich erzogenen höheren Kindlein einen sechzehnjährigen Schloßlehrer dazu verleiteten, ihnen allerlei „Liebesdienste“ zu erweisen, gegen deren Widergabe die Feder sich sträubt.

Der Teufel mußte natürlich ausgetrieben werden! Soll es aber genügen, daß in Bamberg der Proletenbengel von einem Schloßlehrer ins Arbeitshaus wandern mußte, oder daß in Regensburg die „gute“ Presse den Barmherzigen wider die moralisch-republikanische Sittenverfälschung schleuderte? Nein! Ein gewaltiger Teufelsbeschwörer mußte aufstehen, der einen heiligen Kreuzzug wider die Unsitlichkeit aller Art eröffnete. Ein Peter von Krizens wider die Sünde des Freies und der Lust erfindend. Zwar heißt er nur Ignaz Böllinger und versteht das für die Weltgeschichte belanglose Amt eines Direktors des jüdischen Mädchenheims in Regensburg, aber sein Streikern gegen die Unsitlichkeit kennt keine Hemmung und kein pädagogisches Hindernis. Zuerst grub er seine Streitart gegen den beabsichtigten Biologieunterricht an den Augen aus. Dieser Unterricht wurde von ihm in einem Gutachten als „das weibliche Schamgefühl verletzend“ abgetan; mögen die weiblichen Kinderchen von 17 bis 18 Jahren sich weiterhin mit der Wissenschaft vom Klapperstach genügen lassen! Dann wurde ein vom Münchener Konservatorium herabgerollt empfindlicher Bauermeister von den Posten eines Gesangs- und Musiklehrers am Regensburger Gymnasium von ihm bei der Entscheidung über die Befolgung

Umgestaltung der Berufskammern.

Dringende Forderung der Gewerkschaften.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am 9. April an den Reichsfinanzminister, an das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und an die Regierungen der Länder eine Eingabe gerichtet, in der sie nochmals dringend die Forderung erheben, beschleunigt die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern, d. h. der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbetkammern vorzunehmen. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die seinerzeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam anerkannt wurden, sollen bei dieser Umgestaltung entsprechende Berücksichtigung finden.

Die Spitzenorganisationen geben ferner nochmals ihrem Bedauern Ausdruck, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und eines Ausführungsgesetzes betr. den endgültigen Reichswirtschaftsrat den im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrats, der gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht werden sollte, nicht vorsieht. Es ist nach ihrer Ueberzeugung untragbar, den Oberbau der öffentlich-rechtlichen Berufskammern zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen.

Gerade im Hinblick auf die unverantwortlich arbeitgeberfeindlichen Forderungen, welche die Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen und des südbestfälischen Industriebezirks auf ihrer Tagung in Essen im Namen der deutschen Wirtschaft zu erheben sich anmaßten, fordern die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewegung durch die Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.

Fürstenkompromiß und Volksbegehren.

Eine neue Formulierung. — Vor dem Endkampf im Reichstag.

Am Mittwoch vormittag um 11 Uhr tritt der Reichswirtschaftsausschuss zur Feststellung des endgültigen amtlichen Ergebnisses über das Volksbegehren zusammen. Die Sitzung, die nur von kurzer Dauer sein wird, dürfte mit der Bestätigung des bisherigen vorläufigen Ergebnisses als endgültiges Wahlergebnis enden. Das Reichsministerium des Innern wird dann den Beschlüssen über die entschädigungslose Enteignung dem Reichskabinett umgehend vorlegen und ihm wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nichts anderes übrig bleiben, als den Entwurf dem Reichstag zur Beratung einzureichen.

Es ist anzunehmen, daß der dem Volksbegehren zugrunde gelegte Entwurf auf entschädigungslose Enteignung das Reichskabinett bereits am kommenden Dienstag gleichzeitig mit dem abgeänderten Kompromißentwurf der Regierungsparteien beschließen wird. Sie haben am Dienstag in Gegenwart des Reichsinnenministers und mehrerer Vertreter des Reichsjustizministers ihre Beratungen über die inzwischen fertiggestellte neue Formulierung des im Rechtsauschuss bisher beratenen Kompromißentwurfes abgeschlossen. Diese neue Formulierung des Reichsjustizministers gibt dem Entwurf eine juristische Fassung und berücksichtigt — wie es heißt — vor allem die zuletzt aufgetretenen Bedenken des preussischen Finanzministers. Sie soll außerdem wesentlich mehr als bisher den Forderungen der Länder gerecht werden.

Dem Rechtsauschuss des Reichstags wird die neue Fassung des Kompromißentwurfes am kommenden Dienstag bei der

Wiederaufnahme der Beratungen vorgelegt werden. Die Regierungsparteien hoffen, daß es möglich ist, die Beratungen dieses Ausschusses mit dem Abschluß der Osterpause des Reichstags zu beenden, so daß kurz nach dem Wiederzusammentritt des Plenums der Kompromißentwurf gemeinsam mit dem Entwurf auf entschädigungslose Enteignung an das Plenum überwiesen werden kann.

Köln, 13. April. (WZ.) Der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei tagte heute hier in der Bürgergesellschaft. Nach der Entgegennahme eines Berichts des Landgerichtsdirektors Dr. Schetter zur Fürstenabfindung nahm der Ausschuss unter Billigung des Beschlusses des Reichsparteiausschusses folgende Entschädigung mit großer Mehrheit an: „Der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei hat durch einen Bericht des Abgeordneten Schetter von dem Stande der Verhandlungen wegen der gegenseitigen Auseinandersetzung über die Fürstentümer Kenntnis genommen. Der Ausschuss schließt sich der Entscheidung des Reichsparteiausschusses vom 28. März 1926 durchaus an und richtet an die Reichstagsfraktion des Zentrums den dringenden Appell, bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Forderung nach weitgehendster Berücksichtigung der allgemeinen Volksernährung mehr als bisher Rechnung zu tragen.“

Deutschnationaler Konflikt?

Wie der Reichsdienst der deutschen Presse meldet, sollen sich zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten von der Schulenburg und anderen Kreisen seiner Fraktion gewisse Schwierigkeiten ergeben haben. Es wird berichtet, daß der genannte Abgeordnete insbesondere mit der Haltung der Fraktion in verschiedenen wirtschaftlichen Fragen nicht einverstanden sei. Herr von der Schulenburg fügte sich dabei in erster Linie auf die Haltung des Reichsländlichen Landbundes, der, wie es heißt, sogar mit direkter Opposition gegen die deutschnationale Fraktion drohen soll. Die Weckburger sind insbesondere mit dem Eintreten der Deutschnationalen Partei für die landwirtschaftlichen Interessen in der bisherigen Form unzufrieden und der Landbund soll fordern, daß die Deutschnationale Partei positive Arbeit zur Behebung der Not der Landwirtschaft unternehme.

Preußens Kultusetat.

Der Hauptausschuss des Landtags lehnte die Etatsberatung gestern bei der geistlichen Verwaltung fort. Genosse Kleinpehn befürwortete Vorkträge, da die größten Aufreißer im Streite um das Heil der evangelischen Kirche, die Großgrundbesitzer, sich wie um die allgemeinen so auch um die Kirchensteuern herumdrücken. Standlos seien die Fälle Münchmeyer, Vogel und Döring. Der Vertreter der Staatsregierung erklärte dem gegenüber, daß sein Grund und die Eingriffe vorgelegen habe. Die „kaiserliche Familie“ bilde mit ihrem Anhang einen „beschränkten Kreis“, für den Hofprediger Vogel in einem nichtöffentlichen Gottesdienst gesprochen habe.

Berichterstatter Abg. Graue (Dem.) stellt fest, daß Preußen von allen Ländern Deutschlands, ja von allen Ländern der Erde, das meiste Geld für die Kirchen ausbleibe. Bei der Abstimmung bewilligen die bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten für die Bäckerei der evangelischen Predigerseminare 60 000 Mark und für die katholischen Bildungsanstalten 20 000 Mark, obgleich der Finanzminister das Ersuchen gestellt hat, 28 Millionen am Gesamtetat des Kultushaushalts zu streichen. Beim Etat für die Volksschulen werden für die Junglehrer und für die Schulgebäude zwei Unterausschüsse eingesetzt.

Genosse Dohst setzt sich für die weltliche Schule ein. Er wünscht ferner, daß die gesetzlichen Bestimmungen, die nur laiden Kindern den Besuch privater Volksschulen gestatten, streng durchgeführt werden. Wenn für Pfortenbildung 10 Millionen mehr in den Etat eingestellt werden, müßte die für Schülerbibliotheken vorgesehene Summe verdoppelt werden. Der Grundgedanke, daß in Städten mit höheren Schulen keine Volksschulen errichtet werden dürfen, sei unhaltbar.

der Stelle deshalb abgelehnt, weil der Bemerker als männliches Individuum gegebenenfalls in die Lage hätte kommen können, die Reklamsprüche der Schülerinnen zwecks Prüfung der Stimmkraft zu befehlen, so etwas jedoch die Sittlichkeit zu gefährden geeignet sein soll! Zum dritten und vierten trat dieser Sittlichkeitspostel in Aktion, als bei der Befolgung von zwei weiteren Beiratsstellen am Lyzeum ein Philologe der Ablehnung verfiel, weil er Junggehilfe ist, und eine Turnlehrerin, weil sie — einen Subitopf und modische Kleidung trägt!

Sicher hat Ignatius Böllinger aus Regensburg noch lange nicht seine letzte Heldentat vollbracht, und bei dem absoluten Reglement der alleinstehenden bayerischen Volkspartei werden ihm noch manche unerwartliche Vorbeeren winken, wenn ihn auch der Teufel darauf etwas pfeifen wird.

Eustachius Knödelkopf.

Goethes Weg zum deutschen Menschen.

„Prometheus und Epimetheus, Goethes Weg zum deutschen Menschen“, war das Thema eines Vortrags, dessen ersten Teil Rud. Meyer in der Urania hielt. „Die Gegenwart stimmt selten zum Gegenwärtigen“, machte der Redner zum Sinnbild des von seinen Zeitgenossen im Innersten unverständenen Dichters, der einmal sagte, sein einziger Trost sei, daß ihm mit jedem Jahre neue Leser geboren würden. Meyer glaubte feststellen zu müssen, daß diese goethischen Menschen bis heute nicht oder kaum existierten. Prometheus, die wirtschaftliche und politische Unternehmernatur, gedeiht seit hundertjüngstwanzig Jahren etwa auf dem Boden des englischen Maschinenzeitalters. Epimetheus, der deutsche Träumer, der um Einsicht ringt in die Bestimmung der Menschheit, der wissen will, was die Welt im Innersten zusammenhält, ist fast ausgestorben. Der goethische Mensch, die Einheit aus beiden, blieb ungeschaltet. — Es lag ein Fehler darin, daß Meyer nicht scharf genug schied zwischen dem Dichter und dem Philosophen einerseits und dem Menschen Goethe andererseits, und dadurch ein schlechtes Bild schuf. Denn der mitteleuropäische Mensch, den Meyer für den Urstoff zum goethischen hält, hat doch nicht nur die Aufgabe, die Welt zu sich in Beziehung zu setzen, sie lebendig zu erfassen und in den Dingen die Seele, die sie zum Kunstwerk formt, zu sehen, sondern erst recht die umgekehrte, seine Stellung zur Welt zu finden. Erst wenn das erste zum anderen verhilft, ist es imstande, aus dem vollkommenen Künstler die vollkommenen Menschen zu schaffen. Goethe blieb zum Teil beim ersten stehen, konnte im tiefsten Innern nie das Stüchchen Oheimrat, Minister, Aristokrat, das er sein Lebenslang war, ausmerzen, konnte daher zum lebendigsten Zeitgeschehen nie aus wirklich lebendige Fühlung gewinnen oder gar handtend eingreifen, weil er sich selber nie als Volk, als Teil des Ganzen empfand. Diese frische Einstellung vermied man beim Redner, der gewissermaßen zeitlos sprach, der sich als Typ des „deutschen Träumers“ entpuppte. Denn das Maschinenzeitalter ist für uns der Weg zum Menschentum. Erst aus Konkretem kann das Abstrakte entstehen, wenn es nicht höchstens ein halber Begriff bleiben soll. Gerade für Meyers „mitteleuropäischen Menschen“, für den deutschen Träumer, war das

Herüberfliegen in das andere Extrem des Prometheus wichtig, eine Rettung aus seelischer Strukturlosigkeit, die uns gerade schon in wesentlichen Schichten gründlich genug gepackt hatte. Dann war es auch unverständlich, wie Meyer in einem populären Vortrag mit Goethes Farbenlehre so völlig einseitig operieren und für die rein naturwissenschaftliche Deutung des Spektrums nur mit dem Jüat „schlechte Dichtung“ aufwarten konnte. Daß die physiologische Deutung Goethes heute gewürdigt werden kann, ist aber erst eine Folge der reinen Naturwissenschaft. Freilich wird diese Weisheit wohl kaum einer der Hörer aus dem Vortrage mitgenommen haben, der „goethische“ Menschen zu schaffen schwerlich imstande war.

Les.

Eine Oper Siegfried Wagners im Rundfunk. Wozu der Vortag? Es lohnt sich der Mühe wahrhaftig nicht. Siegfried Wagner hat seinen großen Vater beim Komponieren zwar über die Schulter geguckt, aber ein Opernkomponist ist er davon nicht geworden und daß er kein kleines lyrisches Talent in dramatische Anstrengungen hineinsteigert, macht weder das Talent noch die Anstrengungen den Hörern schmackhafter. Dazu ist die Fabel der Oper „Schwarzschwanenreich“, die auf der Sendebühne zur Aufführung kam, so charakterlos wie die Musik. Es soll eine Art Greichentragödie sein. Der dritte Teil spielt sogar ebenfalls im Kerker und schließt mit dem obligaten „Gerettet“, das hier durch ein Kreuz, das sich auf dem Scheiterhaufen erhebt, symbolisiert wird. Das sehen die Rundfunkhörer zwar nicht, obgleich es im Textbuch außerdem noch von Ästen umgeben ist, aber das schadet schließlich nicht viel. Sonst ereignete sich noch allerlei in diesem Sendespiel, in dem die Personen so schöne symbolische Namen wie „Liebhold“ und „Hulda“ führen. Aus nicht ganz erkennbaren Motiven wird eine Handchrift gefälscht, ein vermußtlich umgebrachtes Kind wird in mitternächtlicher Stunde im Walde gesucht, kurz es geht sehr romantisch und ebenso unverständlich zu. Und um die verworrenen Zusammenhänge nur einigermaßen auseinander zu halten, sind sorgfältig Erläuterungen nötig, die von dem Anlager eingehaltet wurden. Ein Wagner-Dogmatiker vollführte dazu die Musik und machte auch sonst bisweilen freundliche Erinnerungen, und bewährte Sänger und Sängerinnen, vielleicht von diesen Erinnerungen getrogen, verschwendeten ihre Kräfte an eine verlorene Sache.

S.—3.

Die Colerle Matthiesen. Vellensv. 14. erlief im Anschluß an ihre Dominiar-Kaufverträge eine Reihe von Berken königlicher Päler, darunter Säber von Corol, Courdel, Sieser, Rara Gellert, Gsanne, Panet, Komet, Komet, Panmier, Robin, Lonlonle-Quatre, Gougain, van Gogh, Degan, Desans, Villars, Bialso und Urtilla.

Verlegung des internationalen Kongresses für vocallische Erziehung. Wie aus Rom gemeldet wird, ist der internationale Kongress für vocallische Erziehung bis auf weiteres vertagt worden.

Ein fünfzehnjähriges Sodergrad. Auf dem Wege Wömmi-Boalberce ließ man beim Zerschneiden an ein vorzechtliches Grad, das der Kreislaufkonferator Göde aus Ribben als 5000-jähriges Sodergrad erkannte. Neben seinem sehr gut erhaltenen Gerippe erblüht es Urnenreife und ein Weiser.

Ausbreitung der Feuerbestattung. Wie aus dem Jahresberichte des bänischen Vereins für Feuerbestattung hervorgeht, ist auch in Dänemark die Zahl der Anhänger der Feuerbestattung in diesem Systeme begriffen. Die im verflochten Jahre in Kopenhagen stattgefundenen 200 Verleichenbestimmungen umfassen 18 Proz. aller Todesfälle in diesem Zeitraum.

Prozess Asmus.

Zeugenaussagen für den Beschuldigten.

Chemnitz, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Als zweiten Zeugen vernahm das Gericht den Amtsgerichtsrat Dr. Vohl, Freiberg, der als Untersuchungsrichter und Beisitzer bei der Strafkammer von Unregelmäßigkeiten in der Ausführung des Angeklagten nichts wußte und nie gesehen hat, daß Asmus seine Fälle anders behandelt habe als jeder andere Staatsanwalt. Ihm ist auch später nie der Verdacht gekommen, daß der Angeklagte etwas unternommen habe, um linksstehende Angeklagte zu schützen.

Der dritte Zeuge Landgerichtsrat Dr. Eichler-Freiberg war seit September 1923 Hilfsarbeiter in der Politischen Abteilung. Er hat sich nach den Anweisungen des Angeklagten gerichtet, doch hat ihm dieser nie groß hineingeredet. Auch er erklärt, daß der Angeklagte sehr überlastet gewesen sei.

In der Besprechung einzelner Fälle, die nichts Belastendes für Asmus ergeben, entwickelte sich ein längerer Dialog zwischen R.-M. Levi und dem Zeugen, aus dem sich ergab, daß Eichler in der Frage der Haftentlassung Tradowsky eine von der Auffassung Dr. Asmus' abweichende Meinung gehabt hat. Der Justizsekretär Osterberger bekundet, daß Asmus oft sogar Sonntags gearbeitet habe und die Erledigung seiner Dienstgeschäfte wie bei allen anderen Staatsanwälten gemein sei. Irigend etwas Auffälliges hat auch dieser Zeuge nicht bemerkt.

Landgerichtsrat Dr. Kreischer-Freiberg konnte keine bestimmten Angaben über etwaige Dienstverfassungen oder ein schuldhaftes Verhalten des Angeklagten machen. Nur in zwei Fällen habe er das Gefühl gehabt, als seien diese beiden Fälle nicht schnell genug bearbeitet worden. Auf Vorhalt gibt er aber zu, daß solche Verzögerungen auch bei anderen Staatsanwälten eingetreten wären.

Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vertagt. Die Zeugenvernehmung wird wahrscheinlich morgen abgeschlossen sein. Der Donnerstag bleibt sühntag. Am Freitag werden wahrscheinlich die Plädoyers gehalten und am Sonnabend soll das Urteil verkündet werden.

Spritweber vor Gericht.

Die Aussagen des Polizeirats Gennat.

Nachdem die Feststellungen über die Lebenshaltung des Angeklagten Kriminalassistenten Meyer beendet waren, erfolgten in der gestrigen Verhandlung des Spritweberprozesses die Aussagen des Kriminalpolizeirats Gennat. Es ergaben im wesentlichen, daß Kriminalkommissar Peters auf seine Veranlassung den Brief an seine Frau geschrieben, der ihn schwer belastet und der in der Verhandlung eine große Rolle spielt. Gennat, dem das Schicksal Meyers naheging, wollte dem Angeklagten nach seiner Verhaftung Gelegenheiten geben, noch einige Trostworte an seine Frau zu schreiben. Peters hat die Aufforderung falsch verstanden und Gennat den belastenden Brief an seine Frau mitgegeben. Als Gennat merkte, was er mit seiner Aufforderung angerichtet hatte, war er erschüttert, mußte aber pflichtgemäß das Schriftstück zu den Akten geben.

Weitere Zeugenvernehmungen ergeben, daß Regierungsrat Fell bei der Vernehmung des Angeklagten Meyers vom kriminalistischen Standpunkt aus etwas unpassiv gewesen ist, aber sonst in konstanter Weise mit Peters verfahren ist.

Die Sitzung wurde dann auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Zuchthaus für Frontbannleute.

Ein Attentatsplan auf eine Synagoge.

Leipzig, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Am 13. Oktober v. J. war zum Reichstagswahlkampf in Leipzig von Mitgliedern des nationalsozialistischen „Frontbanns“ ein Bombenattentat auf die Synagoge geplant. Wegen dieses Vorfalls haben sich jetzt vor dem Schwurgericht in Leipzig 6 Mitglieder des Frontbanns wegen Vergehens nach § 6 und 13 des Sprengstoffgesetzes zu verantworten. In zahlreichen Sitzungen usw. wurde eingehend das Komplott erörtert sowie auch die Flucht der Ausführenden vorbereitet. Die Angeklagten, die zum Teil in noch sehr jugendlichem Alter stehen, hatten auch vorgelesen, die auszuführende Tat den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Sie hatten deshalb den Reichstagswahlkampf für das Verbrechen ausgewählt. Nach erst politischer Art überboten sie sich gegenseitig in ihren Heidentaten, fanden aber zuletzt nicht den Mut dazu, den Plan auszuführen. Der Plan wurde von einem Mitglied des Frontbanns zur Anzeige gebracht. Das Gericht sprach nach zweitägiger Verhandlung folgendes Urteil: Reinhardt und Kirsten werden wegen Vergehens nach § 6 des Sprengstoffgesetzes zu je 5 Jahren Zuchthaus, die anderen Angeklagten wegen Vergehens nach § 13 des Sprengstoffgesetzes zu 3 Tagen bis zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Abd el Krims Unterhändler.

Sein Schwager, sein Vetter und sein Kammerherr.

Paris, 13. April. (W.B.) Über die drei Unterhändler, die im Namen Abd el Krims mit der französischen und der spanischen Delegation in Udscha verhandeln werden, werden folgende Angaben gemacht: Si Mohammed Azerkani, der Schwager Abd el Krims, ist nicht nur Minister des Äußeren, sondern namentlich auch das Marineministerium. Der zweite Delegierte, Si Mohammed Himitel Hadj Ben Himit, ist ein Vetter Abd el Krims und eine Zeit lang Minister im Ministerium des Äußeren. Der dritte Delegierte, Hadj Mohammed Scheddil, ist der Kammerherr Abd el Krims. Alle drei gehören dem Stamm der Beni Driaghel an, dem auch Abd el Krim entstammt.

Vor einem marokkanischen Groß-Sitowli?

Paris, 13. April. (W.B.) Ein Vertreter des „Temps“ hat mit General Simon, der heute nachmittag in Marokko eingetroffen ist, und der an der Spitze der französischen Friedensdelegation steht, eine Unterredung gehabt. Aus den Ausführungen des Generals seien folgende Stellen hervorgehoben: Abd el Krim, so erklärte er, ist der Führer eines der nördlichen Stämme. Er ist nicht der einzige Führer. Wir werden nicht mit Abd el Krim, auch nicht mit einem Stamm verhandeln, sondern mit den Vertretern aller Stämme, die zu uns gekommen sind. Es handelt sich nicht um Verhandlungen, die im Namen Spaniens und Frankreichs geführt werden, sondern um Verhandlungen im Namen der islamischen Regierung, deren Vertreter sich an Ort und Stelle uns anschließen werden.

Die Frage kann nur durch die Marokkoregierung unter dem Beistand der Protektormächte Frankreich und Spanien geregelt werden. Der Maghzen allein ist berechtigt, die Unterwerfungen entgegenzunehmen.

Auf die Frage, wie die Befriedung sich werde durchführen lassen, erwiderte General Simon, durch die Wiederherstellung des Wirtschaftens werde der Risikofaktor nicht eher erstickt werden als durch irgendeine andere Maßnahme. Die Besprechungen, die man beginnen wolle und deren günstige Folge sich in so vielem

Die Feststellungen des Gemeindeforschusses

Der Fall Behrens-Meyer — unlegbare Korruption.

Die gestrige Sitzung des Gemeindeforschusses füllten die Plädoyers über den Fall Behrens-Meyer. Nach dem Plädoyer des deutschnationalen Abgeordneten Dallmer führte Abg. Heilmann (Soz.) aus: Schulz hat sich selbst gestellt und der Ausbruchverlauf ist ihm nicht nachgewiesen worden. Wir machen dem Landarbeiterverband aus der Anstellung des Schulz an sich keinen Vorwurf, wenn diese Anstellung auch sehr merkwürdig ist. Sonst stellen Gewerkschaften und Konsumvereine nur Leute ein, die jahrelang Mitglied sind und die Bewegung genau kennen. Die von Schulz angegebene Tatsache, daß er auf Empfehlung von Gutsche engagiert wurde, hatten uns die Abgg. Behrens und Meyer bei ihrer Vernehmung verschwiegen. Als Schulz dann verhaftet wurde, geschah das in einer Angelegenheit, die mit den Angelegenheiten des Landarbeiterverbandes und der Genossenschaften nichts zu tun hatte. Ganz entscheidend muß der Erklärung des Abg. Dallmer widersprochen werden, daß die Unterstützung des Schulz in diesem Falle den Grundrissen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes entprochen hätte. Die Gewerkschaften gewähren Rechtsschutz und Unterstützung ihren Angestellten und Mitgliedern nur dann, wenn sie verhaftet werden aus einem Anlaß, der mit ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zusammenhängt. Etwas anderes ist, ob Meyer und Behrens nicht als Menschen dem in Untersuchungshaft befindlichen Schulz helfen durften. Schließlich darf der Politiker auch Mensch sein.

Wenn aber Abg. Meyer in Gemeinschaft mit dem Abg. Behrens als Führer einer Gewerkschaft von der Leitung der Arbeitgeberverbände ein Darlehen nahmen, so ist das unlegbare Korruption;

das darf eine Gewerkschaft nicht, wenn sie sich nicht wirtschaftlich friedliche oder gelbe Organisation nennen will. Dunkel geblieben ist, ob Meyer im Einverständnis mit Herrn v. Zengen gehandelt hat. Wenn auch nur ein Zweifel bestand, ob die betreffenden Gelder an Schulz gegeben werden durften, so hätten Behrens wie Meyer das Geld nicht hergeben dürfen. Andernfalls haben sie sich der Untreue schuldig gemacht. Das System des Herrn v. Zengen erdient ja nun auch den Herren im Arbeitgeberverband so bedenklich, daß die Schuldigen aus der Organisation austreten mußten. Nach der gewerkschaftlichen Seite hin ist absolut keine Klarheit und Sauberkeit gesucht und also auch nicht gefunden worden. Dahinter muß irgendein politischer Grund stehen, den wir vielleicht finden können und der vielleicht mit Vorkommnissen im Ruhrkampf zusammenhängt. Seitens der Arbeitgeberverbände ist den Forderungen der öffentlichen Moral mit dem Ausschreiben der maßgebenden Männer im weltlichen Genüge gesehen, nicht aber von Seiten der Landarbeiter- und christlichen Gewerkschaften. Wir im Ausschuss stehen hier vor einer leichten Aufgabe, die Tatsachenfeststellung wird unter allgemeiner Zustimmung ergeben, daß die Herren Meyer und Behrens nicht so korrekt und vorsichtig gehandelt haben, wie sie hätten handeln müssen.

Der Vertreter des Zentrums.

Abg. Dr. Schmerling erklärte u. a.: Eine verdienstvolle Arbeit hat der Ausschuss geleistet in der Klärung, die er über das bisher recht dunkle Kapitel der Schwarzen Reichswehr gebracht hat. Auffallend mußte es wirken, daß vom Landarbeiterverband als Organisator der Landvolkskassenvereine ein Mann wie Schulz angestellt wurde, der für diese Posten gar keine Vorbildung hatte. Die Darlehensangelegenheit hat im vollen Umfang nicht aufgearbeitet werden können. Soviel steht aber fest, daß hier tatsächlich eine Korruptionsercheinung im Anmarsch war und daß die Öffentlichkeit zur richtigen Zeit Alarm geschlagen hat, um zu verhindern, daß allmählich hier eine große Korruption entsteht. Herr v. Zengen wußte wohl, was er wollte; bei ihm machte sich bewußt eine gewisse politische Einstellung geltend. Er wollte mit diesem Darlehen nicht nur eine Freundschaft erwirken, sondern hat es in bestimmter politischer und wirtschaftlicher Absicht gegeben, um, nachdem man einen Finger hatte, auch noch mehr zu gewinnen. Der Arbeitgeberverband ist nachher von Herrn v. Zengen abgerückt. Vielleicht befanden seine Führer diese andere Auffassung nur deshalb, weil die Sache an die Öffentlichkeit gekommen ist und man einen Skandal in der Öffentlichkeit vermeiden wollte.

Die Abgg. Meyer und Behrens haben zweifellos eine gewisse nachlässige Geschäftspraxis in der Darlehensangelegenheit bewiesen.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht gerade heute eine Rechtfertigungserklärung für Meyer und Behrens, in der diese Abgeordneten aufgefordert werden, ihre Vorstehendenposten im Landarbeiterverband wieder aufzunehmen. So sehr ich mit den christlichen Gewerkschaften sympathisiere, muß ich doch der Erklärung des Gesamtverbandes in vielen Punkten widersprechen. Ich kann den Abgg. Meyer und Behrens unmöglich den Vorwurf erparieren, daß sie bei der Angelegenheit — gegen wir einmal — recht sachfällig in ihrem Geschäftsgebaren gewesen sind.

Der Vertreter der Volkspartei.

Abg. Eichhoff bemerkte u. a.: Nach den Vernehmungen im Ausschuss ist nicht erwiesen, daß Schulz erstlich einen Fuldverleih

gemacht hat oder daß er dafür Geld von Meyer bekommen hätte. Ich bedaure, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften mit seiner Rechtfertigungserklärung für Behrens und Meyer nicht gewartet hat, bis das Urteil des Ausschusses in diesem Falle vorlag. Die Einstellung des Oberleitnants Schulz als Organisator der Landvolkskassenvereine ist durchaus einwandfrei und ganz verständlich; denn für diesen Posten kam es in erster Linie auf organisatorische Fähigkeit an, und die hatte Schulz nach der Empfehlung von Gutsche. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Meyer und Behrens Schulz finanziell unterstützen wollten, als er in Haft genommen wurde. Er war schließlich Angestellter ihres Verbandes und hatte ihnen erklärt, daß er sich unschuldig fühle. Auch gegen den Verleih, ein Darlehen vom Arbeitgeberverband zu erhalten, kann ich nichts einwenden.

über die weiteren Ereignisse, die mit diesem Darlehen in Verbindung stehen, sind doch recht unklar geblieben und geben zur Kritik Anlaß.

Meyer und Behrens hätten zweifellos bei der Verwendung der Gelder vorsichtiger sein müssen. Mindestens hätten sie bei der Arbeitgebervereinigung anfragen müssen, ob das zweifellos zu anderen Zwecken gegebene Geld für den neuen Zweck verwendet werden dürfte. Was den Arbeitgeberverband betrifft, so ist an der Darlehenshergabe zu wirtschaftlichen Zwecken nichts zu beanstanden. Wenn freilich Herr v. Zengen das Geld mit dem Neben Zweck gegeben hätte, um die Gewerkschaften in die Hand zu bekommen, so wäre das scharf zu verurteilen.

Der Vertreter der Demokraten.

Abg. Kiedel betrachtet als Hauptaufgabe die Klärung der politischen Hintergründe und der Gemeindeforschungsangelegenheit. Er wendet sich zunächst gegen die Bemerkung des Abg. Dallmer, daß Meyer ein durchaus glaubwürdiger Mann sei. Herr Meyer ist in diesem Ausschuss einer Fülle von Verurteilungen unterlegen, z. B. was er über das Konto der nationalen Klärung sagte, was von K bis Z irrig. Bedauerlich ist, daß die Vertreter der Volkspartei unter dem Druck des Auslagerverdicts sich Zurückhaltung auferlegt haben. Vielleicht wird später hier der Schleier mehr gelüftet werden. Die anderen Zeugen im Ausschuss haben sich vielfach zurückgehalten, um sich nicht selber zu belasten. Oberleitnant Schulz hat seinezeit in der Laufbahn als deutschnationaler Parteigänger gepöbeln, wenn er auch so vorsichtig war, nicht als solcher aufzutreten. In den späteren Fuldverleih war Schulz, kein Zufall, Schulz hatte rings um Berlin herum die Putschkommandos zu organisieren, die für den Fall des Scheiterns des Ruhrkampfes bereitstanden. Aus den Kreisen, die diese Putschabsichten unterstützten, ist dann Schulz an den Landarbeiterverband empfohlen worden, weil es nötig war, ihn irgendwo unterzubringen. Damals gehörten die Landarbeiter im Kreis Ludowig noch gar nicht zu dem christlichen Zentralverband. Warum schickte man Schulz zur Organisation von Landarbeitergenossenschaften gerade in diesen Kreis?

Schulz wurde aus politischen Gründen beim Zentralverband untergebracht und brachte dann auch seine Freunde dort unter.

Ich mache der Gewerkschaft keine Vorwürfe, wohl aber den Leuten, die die Gewerkschaft zu politischen Zwecken mißbrauchten.

Wenn das, was in der Anklageschrift gegen Klapproth behauptet wird, wahr ist, dann muß Schulz den Klapproth ganz genau gekannt haben.

Bezüglich des Kontos „Nationale Klärung“ schließe ich mich vollständig den Ausführungen des Berichterstatters an. Die Wohnungsverhältnisse interessieren insofern, als auch hier die Glaubwürdigkeit des Herrn Meyer durch die Aussagen Schulz' ins Wanken gerät. Aus einer Rede des Herrn v. Borzlig in der Tagung der Arbeitgebervereinigung vom 12. März geht deutlich hervor, daß der Rücktritt von Dr. Fänger im Zusammenhang mit der 8000-Mark-Affäre steht.

Herr Meyer hat zweifellos aus politischen Gründen gehandelt.

er rechne mit einem großen Prozeß, der 10000 M. kosten sollte, und genau soviel hat Meyer zukommengebracht. Die Gewerkschaft war gar nicht daran beteiligt, die Mehrheit der Funktionäre wird Schulz bis dahin gar nicht gekannt haben. Die politischen Beziehungen Schulz' zur deutschnationalen Partei datieren schon seit 1923. Die Herren vom Arbeitgeberverband haben hier in vernünftiger Weise, in dem sie sich an die volle Wahrheit hielten, ihren Verband bis aufs äußerste geschont; eben diese noble Art zeigt auch, daß sie das Verfahren des Herrn v. Zengen mißbilligen. Ich kann mich dahin zusammenschließen, daß politische Beziehungen zwischen den Abgg. Meyer und Behrens auf der einen Seite und Schulz auf der anderen Seite schon seit 1923 bestanden, daß aus einem Dispositionsfonds der Arbeitgebervereinigung über den Umweg über eine wirtschaftliche Einrichtung des Zentralverbandes christlicher Landarbeiter Meyer Mittel zugelassen sind, der damit Schulz unterstützte. Die Arbeitgebervereinigung allerdings hat das nicht gewollt.

Hierauf wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

ankündigten, seien unerlässlich für diese Wiederherstellung, die die wahre Befriedung darstellen werde, indem dem Risikofaktor die Mittel gegeben würden, zu leben und zu arbeiten.

Britische Bergbaukrise.

Geschleierter Verhandlung.

London, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Kohlenkrise ist am Dienstag nachmittag in ein kritisches Stadium eingetreten. Nachdem die Exekutive des Bergarbeiterverbandes am Vormittag unter ständiger Führungnahme mit dem Generalrat der Gewerkschaften ihre offizielle Stellungnahme zum Bericht der Kohlenkommission festgelegt hatte, traten am Nachmittag die Exekutive der Bergarbeiter und Vertreter der Bergbauunternehmer zusammen. In dieser Konferenz übermittelten die Arbeiter den Unternehmern die Beschlüsse der Delegiertenkonferenz vom Freitag sowie ihre Stellungnahme zum Kohlenbericht. Die Konferenz, unter dem Vorsitz Allan Williams', des Führers der Bergbauunternehmer, dauerte vier Stunden. Nachdem die von den Arbeitern dargelegte Stellungnahme in ungewöhnlich konzilianter Weise gehalten ist und eine direkte Verwerfung des Kohlenberichts nichts enthält, ist insbesondere wegen der Unnachgiebigkeit der Unternehmer in den Fragen der bezirksweisen Regelung der Löhne und der Lohnherabsetzung eine Einigung zwischen Unternehmern und Bergarbeitern nicht erzielt worden. Die Konferenz wurde schließlich ergebnislos abgebrochen und entgegen der nachmittags herrschenden Erwartung eine weitere Zusammenkunft zwischen Unternehmern und Bergarbeitern vorseindort. Man erwartet nunmehr, daß nun die Regierung trachten wird, ein Kompromiß herbeizuführen; jedoch ist zur Stunde der Zeitpunkt einer solchen Aktion Baldwin noch unbekannt. Die Führer der Bergarbeiter verlassen Mittwochabend London, um an der Brüsseler Sitzung der Bergarbeiter-Internationale teilzunehmen.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, wird die Tatsache, daß die Rede des internationalen Sekretärs Frank Hodges von der kapitalistischen Presse in weitestem Maße gegen die Bergarbeiter aus-

gespielt wird, dazu führen, daß die Vertreter der britischen Bergarbeiter bei der internationalen Tagung in Brüssel die Frage aufwerfen werden, ob das Verbleiben Frank Hodges auf dem Posten eines internationalen Sekretärs unter diesen Umständen noch weiter möglich ist. Trotz des Ernstes der Gesamtlage, die mit der Situation vom Jahre 1921 verglichen wird, herrscht in London auch nach dem unbefriedigenden Verlauf der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern die Hoffnung auf eine Vermeidung des Kampfes.

Krach im „Abend“-Prozess.

Ausschließung eines Verteidigers.

Wien, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen den ehemaligen Chefredakteur des „Abend“, Alexander Weiß, kam es am Dienstag zu heftigen Zusammenstößen zwischen einem der Verteidiger und dem Staatsanwalt. Der Verteidiger hatte bereits am Montag die Ladung des Justizministers und des ersten Staatsanwalts als Zeugen beantragt. Das wurde vom Gericht abgelehnt. Am Dienstag erklärte der Verteidiger, er bestreite auf seinem Antrag, um nachzuweisen, daß der Prozeß von der ungarischen Gesandtschaft angezettelt wurde, weil „Der Abend“ die ungarischen Frankenfälschungen aufgedeckt habe. Der Verteidiger behauptete u. a., der erste Staatsanwalt sei in der Affäre der Fälschung tschechischer Noten schwer kompromittiert. Als der Staatsanwalt diese Behauptung als eine Erfindung bezeichnete, wiederholte sie der Verteidiger. Darauf beschloß der Gerichtshof, den Verteidiger, dem bereits am Montag das Wort entzogen worden war, nicht mehr zuzulassen. Die übrigen Verteidiger protestierten gegen diesen Gerichtsbeschluss, ohne aber weitere Forderungen zu stellen.

Ökavens Einwohnerzahl beträgt nach der neuesten Statistik 2 229 876.

Stellvertreter des tschechischen Oberstaatsrats ist jetzt Krištifer.

Der Berliner Stadthaushalt.

Erklärungen der Fraktionen zum Haushaltplan.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung äußerten sich gestern die Fraktionen zu dem neuen Haushaltplan, den der Stadtkämmerer vor vierzehn Tagen vorgelegt hatte. Alle erklärten den Entwurf des Magistrats für sehr verbesserungsbedürftig und stellten in Aussicht, daß sie — auch die Kommunisten — sich im Ausschuß um die Verbesserung bemühen würden. Aber zu der wichtigen Frage, wie die Einnahmen zu mehren sind, wurde eigentlich kaum ein erfolgversprechender Vorschlag gemacht. Genosse Czerninski, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, wies auf die Bedeutung hin, die jetzt die Werte für die Heranschaffung von Einnahmen haben. Er stellte fest, daß im Rathaus die Sozialdemokraten die Träger des Gedankens gewesen sind, daß die Werte im Besitz der Stadt bleiben müssen. Nach fünfständiger Dauer der Debatte kam von der sozialdemokratischen Fraktion noch Genosse Dr. Lohmann zum Wort, der gegen den Magistrat und gegen die rechte Seite des Hauses scharf polemisierte. Den Haushaltplan wird nun der Ausschuß genauer befehen.

Die Beratung des Haushaltsplans begann in der gestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung schon um 4 Uhr. Als erster Redner kam der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Czerninski zu Wort. Er führte aus: Der Kämmerer ist trotz der wirtschaftlichen Depression auch für das neue Etatsjahr zuversichtlich. Der beste Beweis hierfür ist die Ansetzung des Etats, nach welchem die Gesamtausgaben ohne Werte den Betrag von 500 Millionen erreicht. Diese Summe ist ein so riesiger Betrag, wie ihn in Deutschland nur eine Stadt als Etat ausbringt und das ist die Stadtgemeinde Berlin. Aus diesen Etatsziffern allein schon kann festgestellt werden,

wie bitter notwendig der Zusammenschluß der verschiedenen Gemeinden zu der Einheitsgemeinde gewesen ist.

Wenn der Kämmerer insbesondere darauf hinwies, daß 40 Proz. des gesamten Etats für die Wohlfahrtspflege notwendig sind, so kann hieraus der Gradmesser gefunden werden für die tatsächlich vorhandene Not und das Elend in Berlin. Wir sind nun der Meinung, daß die 10 Millionen Mark, die zur Herstellung von neuen Wohnungen eingesetzt sind, viel zu niedrig gewesen sind, denn ein größerer Betrag für den Wohnungsbau vorausgibt, bedeutet eine Entlastung des Etats für die allgemeine Wohlfahrt. Das Wohnungselend in Berlin ist nicht kleiner geworden, sondern hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Wenn erhofft wird, daß im Jahre 1926 10 000 bis 12 000 Wohnungen neu erbaut werden, so entspricht diese Anzahl nicht einmal dem natürlichen Wohnungsbedarf, wie er in jedem Jahre in Berlin notwendig ist. In der Vorkriegszeit wurden in Berlin im Durchschnitt 20 000 bis 22 000 neue Wohnungen im Jahre gebaut. Der natürliche Bedarf beträgt 16 000 bis 17 000, so daß immer noch ein erhebliches Minus zwischen dem notwendigen und dem tatsächlichen Bedarf vorhanden ist. Es ist nicht abzusehen, wann die Wohnungsnot wenigstens in einigem behoben sein dürfte.

Die Hauszinssteuer ist eine der rückständigsten Steuern.

(Brano b. d. Soz.) Da kein Unterschied zwischen den leistungsfähigen und den schwachen Schultern gemacht wird, ist es außerordentlich bedauerlich, daß gerade die armen und ärmsten Schichten, die unter der Wohnungsnot am meisten zu leiden haben, nie in die Lage kommen, für sich eine gesunde und freundliche Wohnung in Anspruch nehmen zu können. Wir sind der Ansicht, daß die Hauszinssteuer unter allen Umständen restlos zur Herstellung von neuen Wohnungen verbraucht werden muß und nicht für allgemeine Finanzzwecke des Staates und der Kammereiderwollung.

Von den 226 Millionen Mark, die im letzten Jahre Berlin aus der Hauszinssteuer aufgebracht hat, sind nur etwa 60 Millionen zur Erbauung von neuen Wohnungen benutzt worden. (Hört! hört! links.) Aber auch im allgemeinen leidet die Stadt Berlin wie auch andere Großstädte an dem unglücklichen Finanzungleich, den der ehemalige deutschnationale Finanzminister Schlieben zwischen Reichsstaat und Gemeinden herbeigeführt hat, und es klingt wie bitterer Hohn, wenn dieselben Parteiminister, die jahrelang in der wüsten Weise gegen diese Steuer, wie gegen die Erzbergerische Steuerreform gemüht haben, in dem Augenblick, als sie selbst Regierungspartei waren, mit größter Energie an diesen Steuern festhielten. Wir vertennen keineswegs die schwierige Lage, in die die Gemeinden durch den Finanzungleich gekommen sind. Den Gemeinden überläßt man zur Deckung ihrer Ausgaben die unpopulärsten Steuern. Wir Sozialdemokraten sind bereit, der Stadt wieder Steuermöglichkeiten zu schaffen, damit sie ihre Existenz und ihre Lebensfähigkeit behalten kann. Deshalb und um den Wohlfahrtsrat möglichst herabzudrücken, werden wir im Haushaltsausschuß beantragen, die Zuschußsumme zum Bau von neuen Wohnungen zu erhöhen, weil dadurch die ganze Wirtschaft belebt werden kann. Allerdings muß vom Magistrat verlangt werden, daß er den Siedlungsgenossenschaften nicht unnütze Schwierigkeiten bereitet. Die Zahl der notwendigen Bauten in den Bezirken, insbesondere der

Neubau von Schulen und Krankenhäusern

sowie deren Ausbau muß gefördert werden. Wir können feststellen, daß wir mit dem Kämmerer darin einig sind, daß das von einigen Bezirken gewünschte Dotationsverfahren abzulehnen ist. Es liegt im Wesen der Gemeinde Berlin, den Bezirken zu helfen, die es am notwendigsten haben. Das Verhältnis zwischen dem Magistrat und den Bezirken muß erprießlicher als bisher werden. Aus diesem Grunde halten wir es auch für wenig angebracht, wie aus den Stellungsnoteizen zu entnehmen war, daß der Magistrat sich an die gesetzgebenden Körperschaften wendet, um eine Änderung des Gesetzes Großberlin herbeizuführen. (Sehr richtig links.) Wir sind der Ansicht, daß der neuen Stadt Berlin, die kaum sechs Jahre besteht und deren erste Zeit in die größte wirtschaftliche Not fiel, erst eine gewisse

Zeit zur Erholung und Einärbelung

gewähren muß und daß fortgesetzte Änderungen des Gesetzes unbedingt die Entwicklung stören. Wir verlangen daher vom Magistrat, daß er von den Experimenten Abstand nimmt und daß er endlich die Gelegenheit gibt zur ruhigen und weiteren Entwicklung der Verwaltungstätigkeit auch in den Bezirken. (Brano b. d. Soz.) Wir finden, daß in allen Verwaltungszweigen ein sehr starker Mangel an Personal vorhanden ist, der sich hinauf bis in die Bezirksämter und den Magistrat zieht, und der seinen Grund in einem zu starken Personalabbau hat. Die unbesetzten Magistrats- und Stadträte sind ebenfalls in einer Weise mit Arbeiten überhäuft, daß es schwer ist, für diese Vertrauensleute der Bürgerschaft, die sie doch sein sollen, den nötigen Ersatz zu finden. Etwas eigenwillig ist die Deffektivität berührt worden durch die Mitteilung, daß der Magistrat die Wahl eines seiner Mitglieder zum Reichsrat vorgekommen hat, obwohl der Magistrat nicht einmal vollständig ist, da immer noch ein Mitglied von der kommunistischen Fraktion fehlt.

Die Bevölkerung Berlins ist in der großen Mehrheit republikanisch gesinnt.

Sie versteht es daher nicht, wenn ausgerechnet ein Magistratsmitglied zum Reichsrat gewählt wurde, das ausgesprochen monarchistisch ist. Uns will scheinen, daß der Magistrat den Augenblick dazu benutzt hat, noch schnell seine Lieben unter Dach und Fach zu bringen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, zuverlässige Republikaner in den Magistrat hineinzuwählen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir an den Magistrat die Frage richten, ob er

bereit ist, in möglichst baldiger Zeit der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu unterbreiten wegen der

Wiederbesetzung des Stadtschulrates.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir stehen heute auf dem Standpunkt, daß das Berliner Schulwesen es auf die Dauer nicht ertragen kann, von einem unbesetzten Stadtrat geleitet zu werden und daß die Verwaltung folglich im Umherziehen ausgeübt wird. — Durch die Presse ging die Nachricht, daß der Magistrat beabsichtige, eine höhere Steuer auf die Hunde zu legen als sie bereits besteht. Wir Sozialdemokraten sind nicht der Ansicht, daß die zurzeit geltenden Hundesteuern noch eine Erhöhung vertragen und glauben, daß wir dieser neuen vorgeschriebenen Erhöhung nicht zustimmen werden können. Wenn die Stadt Berlin heute sehr erhebliche Teile ihres Bedarfs aus den Erträgen der Werke entnehmen kann und sie für die allgemeine Wohlfahrt verwendet, wenn die Stadt Berlin weiter auf dem Kapitalmarkt kreditwürdig ist, so haben wir dies dem Umstand zu danken, daß die Werke restlos im Besitz der Stadt geblieben sind.

Das ist zum größten Teil das Verdienst der sozialdemokratischen Kommunalpolitik.

(Sehr richtig b. d. Soz.) Wir haben uns mit aller Kraft gegen die Veräußerung der städtischen Werke gewehrt, auch gegen die Herannahme von Privatkapital. Wir freuen uns darüber, daß unsere Voraussetzungen eingetroffen sind und daß dieser wertvolle Besitz durch unsere Tätigkeit der Stadt erhalten geblieben ist. Wir sind bereit, an die Beratung des Haushaltsplanes mit allem Ernst, wie Sie es von uns gewohnt sind, heranzugehen. Wir werden versuchen Mängel zu beseitigen und werden versuchen, den Etat so zu gestalten, wie er im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Berlins notwendig ist. Wir erblicken unsere Hauptaufgabe darin, daß für die arbeitende Bevölkerung ein Gemeinwesen geschaffen wird, in der sie mit frohem Mute und mit stolzem Bewußtsein mitarbeitet. Von diesem Gesichtspunkt aus werden wir uns bei der Beratung des Haushaltsplanes leiten lassen im Interesse und zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung Berlins. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Versammlung folgte mit steigendem Interesse den Ausführungen unseres Redners. Als an Stelle des zunächst nicht anwesenden Redners der deutschnationalen Fraktion der Kommunist Leh das Wort erhielt, verließ ein großer Teil der Stadtverordneten den Saal. Leh begann seine Rede mit einem Geschimpfe darüber, daß der Magistrat immer noch eine bürgerliche Mehrheit habe, obwohl im Plenum der Stadtverordneten eine Linksmehrheit vorhanden sei. Bezüglich der Nichtbestätigung des Kommunisten Rebe als Stadtrat erhob der Redner nochmals Protest, der von unseren Genossen durch Beifall unterstützt wurde. Der Redner überließ aber geistlich, daß gerade die Kommunisten tatkräftig am Abbau der sozialdemokratischen Magistratsmitglieder mitgeholfen haben. Im besonderen verlangte er die Wiederbesetzung des Stadtschulratspostens mit einem linksstehenden Namen. (Den Sozialdemokraten Paulsen bauten die Kommunisten ab!) Eine besondere Attacke ritt Leh gegen die Bezirksenteilung Berlins, wobei er den ungeteilten Beifall der Rechten des Hauses fand. Er forderte die vollkommene Beseitigung der Bezirksämter und der Bezirksversammlungen. Leh forderte vermehrte Schutz der Mieter durch den Magistrat. Nach Erörterung einer ganzen Reihe kleinerer Posten im Etat erklärte der kommunistische Redner, daß seine Fraktion den vom bürgerlichen Magistrat aufgestellten Etat ablehne. (Beifall b. d. Komm.) — Aus den auf der Tribüne schwer zu verstehenden Ausführungen des deutschnationalen Etatredners, des Stadts. v. Jedln war zu entnehmen, daß die deutschnationale Fraktion keine neuen Steuern bewilligen wird. Die Grundvermögenssteuer sei zu hoch und die städtische Weinsteuer müsse ebenfalls abgebaut werden, nachdem das Reich durch Beseitigung der Weinsteuer den Winzern geholfen habe. Seine Fraktion lehne auch eine Erhöhung der Hundesteuer ab. Im Gegensatz zu den Linksparteien seien seine Freunde der Meinung, daß der Personalabbau in den Bezirken und in der zen-

Namile unter den Zedern.

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigte Uebersetzung von J. Kunde.)

Die jungen Mädchen, meine Braut und ihre zwei Jahre jüngere, tiefbrünette Schwester Munataha, welche Wangen hatte, die wie zwei Hälften eines Granatapfels ausfielen, welche immer lachte und toleutierte, sowie einige ihrer Freundinnen, Abla, Nala und Rahil, hatten ihre weißen Schleier an die Zweige gehängt, um die frische Brise ihr Haar durchwischen zu lassen. Namile war unter ihnen eine Königin inmitten ihres Hofes. Sie schien das nicht zu bemerken und merkte es doch; die Grazie aller ihrer Bewegungen ließ mich das ahnen. Und ich dachte glücklich daran, daß sie in wenigen Tagen die meinige sein würde. Um vom Begehren nach ihr nicht verzehrt zu werden, zwang ich mich, die Augen von dem allzu entzückenden Schauspiel abzuwenden, welches sie mir einzig schon dadurch bot, daß sie lebte. Während ich so meinen Gedanken nachhing, fühlte ich, daß Butros, neben dem ich auf den Rissen lag, welche auf Eleftrüden herauftransportiert worden waren, mich am Arm berührte.

„Fremde,“ flüsterte er mir zu und zeigte auf eine Gruppe, die unter den Bäumen erschien und einen Lagerplatz suchte.

An der Spitze ritten auf wunderbaren Tieren mit gekochten Nöhnen, deren rote, gelbgestrichelte Sättel auf seidenen Decken lagen, deren Baumzeug aus Leinwand und vielfarbigen Borsten bestand, deren kupferne Steigbügel leuchteten, zwei junge Männer, die prunkvoller gekleidet waren, als in unserem maronitischen Libanon üblich, wo man schon die Ehrfurcht vor der Tradition außer acht zu lassen begann und bereits die „abaje“ und die „kumbaz“ ablegte. Ich verhielte bei meiner Rückkehr in die Heimat auf die alten Trachten zurückgreifen und gegen ihre Beseitigung zu protestieren; aber ich sehe wohl, daß die Jugend diesen Versuch als eine Maserabe betrachtet. Aber meine Gründe waren aus Erinnerungen abgeleitet. Die beiden Führer waren so schöne Erscheinungen, daß man sie bemerken mußte; ihre stolze Haltung, ihren gepflegten, in einer Spitze endenden Bart, ihre dunklen und zugleich leuchtenden Augen, das Oval ihrer Gesichter, das sich abzeichnete unter den Falten des weichen Koffie, den der Reif des Aghal zusammenhielt, die kräftige und gewölbte Brust, welche die Seide der „abaje“ schwellte. Bei dem einen war dieses violett, bei dem anderen rot; die flatternden Schleier verrieten es. Aber der Biolette war offenbar ein Emir, der Rote nur sein Begleiter. Die Eskorte, welche teils zu Pferde, teils zu Fuß folgte, trug die Zelte, die Teppiche und den Proviant. Rusekt kamen die von den Dienern geführten Hunde. Durch das Aftwert

brechende Lichtblitze streiften diesen vorbeiziehenden Trupp, dessen Ausstaffierung wie ein kostbarer Schatz glänzte.

„Das sind Mohammedaner,“ bemerkte Butros, der sie mit einem von Haß erfüllten Blick beobachtete. „Was wollen sie hier?“

Aber der Scheich Raschid-el-Hame, der auch die Ankömmlinge befragt ins Auge faßte, hob einen Finger auf den Mund und deutete Butros gebieterisch an, daß er schweigen solle. Die Massenmorde von Sahle und Des-el-Kamar lagen nur um zwölf Jahre zurück; die kläglich gescheiterte Erhebung Josef Karams in Resruan war noch späteren Datums. Auf Frankreichs Beistand konnte man damals nicht zählen; es hatte eben einen opferreichen Krieg hinter sich und konnte seinen orientalischen Freunden nicht zu Hilfe kommen. Die Parole mußte lauten: Geduld. Wir mußten uns unseren Feinden, welche die Herren der Nacht waren, fügen und sie sogar würdevoll empfangen, wenn sie in unsere Dörfer kamen. Eine Art Gottesfrieden bestand in den Beziehungen zwischen der Christlichen und mohammedanischen Bevölkerung. Gegen diesen durfte man in keinem Falle verstoßen. Sogar der heißblütige Butros mußte ein verbindliches und gastfreundliches Wesen zur Schau tragen.

Er hatte genügend Zeit, seiner angeborenen Heftigkeit Zügel anzulegen. Die prunkvolle Gesellschaft lagerte sich nicht weit von uns. Sie breiteten, wie wir, ihre Teppiche und ihre Körbe aus. Die Gruppe der jungen Mädchen hatte sich lebhaft für die neuen Erscheinungen interessiert; aber ich stellte mit Freude fest, daß Namile allein kein Auge für sie hatte. Sie war sogar enttäuscht, als sie merkte, daß die Blicke sich von ihr abwandten, während sie sich gerade berechtigt glaubte, sie an sich zu fesseln und ihnen Genüge zu tun. Der Scheich, ihr Vater, war über diese Bestätigung der Reugier sehr ungehalten. Ihm wäre es schiedlicher erschienen, wenn man diesen Fremden gegenüber Gleichgültigkeit gezeigt hätte. Er winkte einen etwa in seinen Jahren stehenden Alten heran, welcher zu einer unsern von uns lagernden Gruppe gehörte. Ich erkannte ihn als einen Maroniten aus der Gegend von Akka, der manchmal als Händler zu uns kam. Dieser entsprach der Aufforderung, näherte sich, und ich hörte, wie er Auskunft gab.

„Ja, es sind Muselmanen aus der Umgebung von Akka. Sehr gute Familie. Es sind Weis. Der Biolette heißt Omar-Bel-el-Husseini. Der Rote Abdul-Rasaf-Bel-el-Usman. Sie müssen vom Wege abgelenkt sein. Sind den Christen nicht feind. Sie denken nur an ihre Tour. Wir leben da unten mit ihnen im besten Einverständnis. Das ist nicht so wie in eurem Tal.“

Unser Kadisha-Tal ist das Tabernakel des maronitischen Glaubens, die Festung des Libanon. Es wird nur von Christen bewohnt. Ein Mohammedaner könnte da nicht

leben. Aber anders verhält es sich mit Akka. Diese Landschaft im Norden von Tripolis senkt sich stufenartig zum Meere. Die letzten dieser Stufen sind niedrige Erhebungen, welche über einer weiten Ebene Terrassen bilden, wo Korn, Gerste und Reis als beste Produkte Syriens wachsen. Das ist die Borratskammer, aus der die Küstentäler sich versorgen. Ich war einmal dahin gekommen, um dort ein Pferd und Teppiche zu kaufen und erinnerte mich eines Landstriches mit einem seltsamen Wechseln von schroffen Felsen und Oleandergärten. In der Gegend von Akka wird eine ideal schöne, kräftige und ausdauernde Pferderasse gezüchtet. In den Dörfern der höher gelegenen Täler fertigen die Frauen zu Hause Teppiche mit einem roten Grund und einer Bordüre und Rosetten oder Blumen; es ist ein grobes Gewebe, aber billig und praktisch. Ich war einmal dort und sollte bald — zu meinem Unglück — dahin zurückkehren.

Ohne Zweifel waren diese jungen Weis von Akka, während sie ihr „mechue“ verzehrten und reinen Wein tranken, angenehm überrascht, als sie die Töchter eines Scheichs mit unverhülltem Gesicht und Haaren sahen. Sie blickten oft zu uns herüber. Ich dachte um so minder an Eifersucht, als der am wenigsten zurückhaltende, der rote Kavaliere, ganz gefesselt schien von den runden und rosigen Wangen der kleinen Munataha. Der Biolette hatte sich nach einigen Augenblicken scharfer Beobachtung in eine Betrachtung verloren, deren Gegenstand die Federnwipfel bildeten. Aber plötzlich entriß er sich seiner Träumerei; es war, als wenn ihn ein Zauber bannte, der größeren Reiz besaß, und seine Augen, welche an einem Objekte hafteten, das ich noch nicht feststellen konnte — so sehr fesselte mich das Feuer dieser Blicke — weideten sich, blickten in überraschender und beunruhigender Blut auf. Diese Augen waren nicht schwarz, wie ich geglaubt, sondern braun, goldene Lichter spielten in ihnen. Das Gold überzog die ganze Pupille. Der Blick war gespannt wie ein Bogen, der einen Pfeil entsenden will. Er wollte, er forderte, er befahl. Aus der Entfernung. Oder vielmehr, er schien etwas an sich zu ziehen, wie wenn er erst ergreifen, packen, rauben, besitzen wollte, wie wenn er drohende Fühlhörner austreckte, denen man sich nicht entziehen könnte, wie wenn er faszinierende, zauberhafte, zwinrende Macht besaß. Die Flamme des Begehrens war es, die ihn verzehrte; sie glüht der Blut, die man aus der Ferne, im Dunkeln wahrnimmt. Diese Begierde kannte ich, weil ich sie selbst an einem Winterabend bei Schnee und Frost, wo mir brennend heiß war, gefühlt hatte. Und jetzt verlor sie nach und nach ihre Heftigkeit, ihre Schärfe, um einem Verlangen voller Weh, einem wahnwichtigen Flehen zu weichen. Auch ich hatte diesen Zustand des Zweifels und des Bittens durchgemacht. Und darum konnte ich mich keiner Täuschung hingeben.

(Fortsetzung folgt.)

trafen Verwaltung erst beginnen müsse. Natürlich sind die Deutschnationalen (ebenso wie die Kommunisten) gegen die Bezirksverwaltung. v. Jeklin will auch die Frage geprüft sehen, wo bei der Erwerbslosenfürsorge noch gespart werden könne.

Die Stadt müsse Aufgaben ablehnen, die ihr nicht zukommen. Der Ausbau der Privatschulen sei bedauerlich und unnötig, man solle auch die private Wohlfahrtspflege mehr als bisher zur Mitarbeit heranziehen. Der Redner stellte die Mitarbeit seiner Freunde bei den Einberatern in Aussicht, glaube aber noch nicht angeden zu können, inwieweit die Zustimmung zum Gesamtat erfolgen kann. (Beifall rechts.) — Als Redner der Demokraten unterzieht Stadtverordneter Merten die Staatsaufstellung des Römmerers einer allgemeinen Betrachtung. Er kritisiert den geringen Ertrag der städtischen Güter, die pro Morgen nur etwa 4 M. der Kommerzialkasse eingebracht hätten und stellte in Aussicht, daß in Zukunft die städtischen Güter mehr als bisher zur Stärkung der Einkünfte herangezogen werden müßten. Sparen könne man nicht bei der Verwaltung im allgemeinen. Hilfe kann hier nur eine durchdringende Verwaltungsreform bringen, die von der Stadt selbst ausgehen habe. Merten kritisierte den Etat so, wo er glaubte, Kritik anwenden zu können und legte schließlich die Mitarbeit seiner Parteifreunde bei der Ausgestaltung des Etats zu. — Stadtverordneter Schwarz von der Deutschen Volkspartei begann mit einem Nachwort für seinen Parteigenossen v. Spuern, der früher durch seine Kenntnisse der kommunalen Bedürfnisse sehr viel zur Ausgestaltung des Etats beigetragen habe. (Zurück bei den Kommunisten: Weshalb ist er denn getötet?) Der Redner fand bei fast allen Etatposten etwas auszusetzen, so daß man allgemein gespannt war, worauf schließlich die Volkspartei ihre Zustimmung zum Etat begründen wird. Er meinte eine baldige Erhöhung der Werttarife. — Nach ihm sprachen Müller-Franken (Wirtschafts-Partei) und Lange (Zentrum). Um 9 Uhr begann als zweiter Redner unserer Fraktion Genosse Lohmann eine vielbeachtete Rede. Er betonte am Anfang seiner Ausführungen, daß er mit dem Genossen Czernikoff sprechen könne, wenn er eine „Wendung durch Gottes Fügung“ darin erblicke, wie sich die Forderung der Stellungnahme der Parteien schon äußerlich in den Personen der Redner darstelle, die vorgeschickt wurden.

Statt Dörr — Leh, statt Steiniger — v. Jeklin, statt v. Egner — Schwarz

— das sagt genug! Wer etwa das Stenogramm der Rede des Kommunisten Stadtverordneter Leh verloren haben sollte, der braucht sich nur die Rede Lohmanns im vergangenen Jahre anzusehen, so groß sei die Übereinstimmung. So haben sich die Zeiten und — die Leute geändert. Uebergehend zu den allgemeinen Grundsätzen, erklärte Genosse Lohmann, daß die Sozialdemokraten gern bereit sind, mit den Kommunisten an einer sozialen Gestaltung der Grunderwerbsteuer und an einer Erhöhung der Wertzuwachssteuer mitzuwirken. Nur fürchten wir, daß die dabei vorhandenen Schwierigkeiten so groß sein werden, daß unsere Arbeit zunichte wird. Die Widerstände, die Reichs- und Staatsbehörden bereiten, sind nicht zu unterschätzen. Wie von der Stadt beschlossenen Steuern, die wirklich ertragreich sein könnten, werden von Reich und Staat gedrosselt, so daß für die Gemeinden nichts mehr übrig bleibt.

Wenn uns die Verwaltungsbehörden nicht freie Hand lassen, ist die Finanzmisere nicht abzusehen.

Eine Tarifierhöhung bei den Werken und den Verkehrsunternehmungen, wie sie Stadtverordneter Schwarz von der Volkspartei vorgeschlagen hat, wird die sozialdemokratische Fraktion unter keinen Umständen mitmachen. Die Sozialdemokraten werden aber sofort dabei sein, wenn die öffentliche Wohlfahrtspflege ausgebaut werden soll. So geht es jedenfalls nicht weiter, daß von einem Mitglied des Magistrats, das sich erst in den Reichsrat gewählt wurde (gemeint ist Bürgermeister Schulz) die städtische Wohlfahrtspflege an die privaten Vereine verhöbert wird!

Der gegenwärtige Zustand in der Schulverwaltung ist unhaltbar. Keine Zentrale, keine Planwirtschaft ist hier zu finden; weder Stadtschulrat Benedek noch seine Vertreterin Frau Kraußler haben auch nur das geringste Verstand für solche Besten. Ein Skandal sind die städtischen Zuschüsse an die Privatschulen, die für eine Vermehrung der städtischen Schulen, wenn sie nicht ausreichen, aber die Privatschulen sind nicht dazu da, daß die Stadt sie unterhält. Unter demonstrativem Beifall unserer Genossen schloß Genosse Dr. Lohmann seine Ausführungen, die noch einmal den Stadtverordneter Lohmann gefüllt hatten. — Als Stadtschulrat in zehnter Stunde noch zu Worte kam, verließen unsere Genossen und mit ihnen fast alle anderen den Saal, so daß er zu den leeren Bänken sprechen konnte.

Unnütze Energien.

Ein Dauererfinder will Anfang Mai im Schwanenbühnenhaus seine Töne hören in sehr Sparten ununterbrochen reden. Auf der einen Seite die große Lebensfähigkeit unserer Zeit, auf der anderen Seite das ewige Damoklesschwert Not, Leiden und großen manchen nach einer einbringlichen „Sensation“. Sie laufen, raschen, hungern, tanzen und reden sich halb zu Tode und sind höchst empört, daß solche Dauerleistungen nicht den gewünschten Erfolg — weder in ideeller noch in finanzieller Beziehung — erzielen oder gar unterlag werden. Der Wert einer Leistung als solcher braucht doch heute gar nicht mehr vorhanden zu sein — so meinen die Rekordbrüder. Vor Jahren zog ein Zirkus durch die Welt, der außer seinem üblichen Programm noch eine sogenannte „Abnormitätenschau“ mit sich führte. Man sah eine Dame mit einem prächtigen Vollbart, Menschen mit Tiergesichtern und andere abnorme Veränderungen der normalen Menschengestalt. Da standen denn auch Kinder und Erwachsene, speerten Augen und Ohren auf und zogen grinsend wieder ab. Zu derselben Kategorie — nur weit weniger interessant für das Auge — gehören doch eigentlich die „Dauerkünstler“, denn ihre ganze Leistung besteht ebenfalls bloß in einer Schaustellung. Ob einer Steindämon, Feuer oder Seifenwasser schluckt, kommt nämlich auf dasselbe heraus. Der Erstgenannte ist sogar noch eher Künstler zu nennen, weil er eventuell durch ziemlich Bescheidenheit imstande ist, der Waise einen Bären aufzubladen und seinen Magen als Steindämonlein dem doch für zu haben hält. Eine wirkliche Sensation muß entweder auf Gehirnarbeit oder außerordentlich komplizierten körperlichen Leistungen aufgebaut sein. Mit bloßer Bergverwaltung bestimmter Kunsteln oder Nerven kann man heute keinen Eindruck mehr erwecken. Die Welt unterscheidet ganz scharf Arbeit und Bluff. Gewiß kann Arbeit durch Tag angewandten Bluff wirksam unterstützt werden. Aber bloßer Bluff, wenn er noch nicht mal ambient ist und den haben Beigeschmack gänglicher Luglosigkeit in sich birgt, wird heute auch von dem anspruchsvollsten Publikum gemieden.

Großer Dachstuhlbrand in Berlin N.

Wegen eines großen Brandes wurden gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr fünf Beschädigte der Berliner Feuerwehr nach dem Hause Adenbergsstraße 39 gerufen, wo der Dachstuhl des Vorderhauses in seiner gesamten Ausdehnung in Flammen stand. Das Feuer ist in der sehr belebten Gegend außerordentlich spät bemerkt worden, so daß die Böschmannschaften, die unter Leitung des Baurats Meyer mit mehreren Mannschaften gegen das Feuer vorgingen, bei ihrem Eintreffen geradezu einem Flammenmeer gegenüberstanden. Ueber drei Vektoren wurde von der Straße und von beiden Seitenflügeln aus gegen den Brandherd vorgegangen und mehrere Stunden lang Wasser gegeben. Die drohende Gefahr des Ueberkreuzens auf die beiden Seitenflügel konnte nur durch größte Anstrengungen verhindert werden. Unter der starken Hitze und Qualmentwicklung hatte die Mannschaft stark zu leiden. Der Feuerwehrmann Bittkau von der Oberberger Wache stürzte bei den Besch-

werden die Treppe hinauf und zog sich eine Gehirnerschütterung zu. Mittags gegen 1 Uhr wurden die arbeitenden Beschädigten von den Jägern 13 und 24 abgelöst, die das Feuer gänzlich niederschnitten und die Aufräumungsarbeiten vornahmen, die bis 7 Uhr abends hinzogen. Die Entstehungsurache ist bisher noch nicht bekannt.

Blutkande und Totschlag.

„Ich bitte um Todesstrafe.“

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand gestern vor dem Landgericht I Berlin die Verhandlung gegen den 34-jährigen Schweizer Thomas R. statt. Die Anklage lautete auf Blutkande an der Tochter und Totschlag an der Gattin. Man schaute hier in Abgründe primitivsten Triebtriebens.

R. stammt aus Tolen, ist aber Preuße. Er vermaße früh und arbeitete jahrelang fleißig als Kondarbeiter und dann in Fabriken. Im Jahre 1904 heiratete er. Aus der Ehe gingen zwei Töchter hervor, von denen die Ältere starb. Das Eheleben war zunächst glücklich. Er führte ein nüchternes, häusliches Leben, seine Frau nähte. In den letzten Jahren jedoch trat in dem Zusammenleben eine Verschlechterung ein. Er begann oft Streit mit der Frau, die heranwachsende Tochter Hedwig brachte der Mutter zumweilen sehr wenig Achtung entgegen. Der Vater nahm sie nicht selten in Schutz. Endererseits sträubte er sich hartnäckig dagegen, daß das junge Mädchen mit jungen Leuten verkehrte und holte sie oft selbst von der Eisbahn ab. Den Luhenstehenden war die Ursache der ehelichen Zerrüttung nicht sichtbar, auch die Familienmitglieder selbst waren sich ihrer wahren Gründe nicht bewußt. Sie lagen aber darin, daß R. seit einigen Jahren mit seiner augenblicklich 19-jährigen Tochter intimen Umgang hatte. Mit dazu beigetragen mag der Umstand haben, daß die 16- bis 17-jährige noch in dem gleichen Bette mit den Eltern zwischen Vater und Mutter schlief. Die Mutter erfuhr von den unerlaubten Beziehungen, als die Tochter eines Tages aus Krieger auf den Vater ihr davon erzählte. Es gelang aber diesem, die Frau zu beruhigen. Anfang November ertrapselte aber die Frau beide auf frischer Tat. Sie drohte nun mit Anzeige und wollte das Haus verlassen. Sie schimpfte heftig auf den Mann. Er versuchte seine Ehefrau zu beruhigen und bat in einem fort: „Mädchen, Mädchen, möllen wir uns nicht vertragen?“ Sie wollte von alledem nichts hören und drohte immer wieder mit einer Anzeige. R. hatte schon früher ein Messer an sich genommen. Als er sie nun wieder fragte, ob sie es mit der Anzeige wirklich ernst meine, und sie darauf mit einem Ja antwortete, stürzte er sich auf die Ehefrau und stach auf sie wie besessen ein. Die Tochter lag währenddessen auf dem Sofa, sah dem größtenteils Schauspiel zu und rührte sich nicht. Nach geschehener Tat stellte er an sie sein übliches Ankommen. Dann stellte sich der Mann der Polizei in der Hoffnung, daß seine Tochter von den strafbaren Beziehungen nichts verlauten lassen würde. Diese aber hatte der Wahrheit gemäß ausgesagt. Vor Gericht schoben sie sich gegenseitig die Schuld zu. Das Gericht verurteilte R. zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte, der von tiefer Reue erfüllt zu sein schien und immer wieder in Tränen ausbrach, erklärte auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Urteil annehmen wolle: „Ich bitte um die Todesstrafe.“ Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie Wohnungsnot und Armut schwache Menschen zu Taten verführen, vor denen sie unter anderen Verhältnissen bemehrt geduldet wären.

Eine Schwurgerichtsverhandlung im Wartesaal.

Das Potsdamer Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hellwig begab sich gestern nach Pankow, um dort gegen den 27-jährigen polnischen Schmittler Wladislaw Franka zu verhandeln. Als Verhandlungsraum wurde der Wartesaal 2. Klasse des dortigen Bahnhofes benützt. Dem Angeklagten wird verurteilter Totschlag zur Last gelegt. Er kam im November v. J. nach Pankow und wohnte dort in der Schmitzstraße. Am 1. Dezember ging der Wacht in der Kaserne Kaschawelle von Rund zu Rund. Gegen 4 Uhr nachmittags zogen die Schmittler zum Bahnhof Pankow und im Wartesaal 4. Klasse kam es dann zu einer recht heftigen Schlägerei zwischen deutschen und polnischen Schmittlern. Frauen schrien, Stuhlbeine fielen in die Luft und die Reiserei war im vollen Gange, als Eisenbahndienstleute eingriffen. Der Eisenbahndienstleiter Krüger nahm einen Polen am Kragen und setzte ihn in die Luft. In diesem Moment gab der Angeklagte vor dem Bahnhofspolizisten mehrere Schüsse auf den Sekretär ab, die aber glücklicherweise fehl gingen. Der Angeklagte war geflüchtet und wurde unter Jubelrufen mit dem Umstande zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Begrüßung der Mexikaner im Rathaus.

Die Mitglieder der mexikanischen Studiengesellschaft sind gestern von den städtischen Behörden in Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung sowie des Handels und der Industrie im Rathaus empfangen worden, nachdem sie das im Bau befindliche Großkaufhaus Kummelsburg besichtigt hatten. Das Treppenhause und die Wandelhalle des Rathauses sowie die Treppe waren mit Blumen und Pflanzen in den mexikanischen Landesfarben reich geschmückt. Das Stadtbanner von 1701 sowie die Farben von Berlin und Mexiko schmückten den Hintergrund der Ehrentribüne. Oberbürgermeister Böß hielt eine Begrüßungsansprache, die von Professor Dr. Wlans Goldschmidt von der Deutsch-Mexikanischen Gesellschaft ins Spanische übertragen und bei dem mexikanischen Gästen stürmischen Beifall auslöste. — Bald darauf erteilte der Präsident der Vereinigten Handelskammern in Mexiko und Leiter der Studiengesellschaft Umberto Hernandez das Wort. Er gab seiner Freude über das bereits Gesehene lebhaften Ausdruck, dankte für die Gastfreundschaft in Berlin und sprach die besten Wünsche für das deutsche Volk aus.

„Wieder eine leerstehende Wohnung.“

Zu diesen Ausführungen in Nr. 137 unseres Blattes teilt uns das Städtische Zentralamt für Wohnungsangelegenheiten mit: „Die 2/1 Wohnung Hohenstaufenstraße 29 wurde vom Wohnungsamts beschlagnahmt, weil der frühere Hauptmieter R. sie Ende des Jahres 1922 an ein Ehepaar R. für 150 000 M. verkauft und seit der Zeit nicht mehr benutzt hat. Gegen die Beschlagnahme hatten die Beteiligten und der Hauseigentümer Beschwerde beim Mieteneinigungsamt eingelegt, das jedoch die Beschlagnahme und Räumungsverfügung bestätigte. Auch die von dem Käufer R. eingelegte Rechtsbeschwerde beim Landgericht wurde zurückgewiesen. Nachdem die Wohnung freigemacht worden war, ist sie mehreren zur Zuweisung heranstehenden Wohnungsuchenden angeboten, jedoch ohne sichtlichen Zustand wegen und weil von dem Hauseigentümer die vollständige Renovierung verlangt wurde, abgelehnt worden. Erst am 1. März 1926 erklärte sich ein Wohnungsuchender bereit, die Wohnung zu mieten. Da der Eigentümer einen Vertragsabschluss ablehnte, mußte der Beschluß eines Zwangsmietvertrags beim Mieteneinigungsamt beantragt werden. Später hat der Eigentümer freiwillig einen Mietvertrag abgeschlossen, der vom Wohnungsamts genehmigt worden ist. Ein Veräußerer des Wohnungsamts an dem Eigentümer der Wohnung liegt somit nicht vor.“

Es handelt sich in dem vorliegenden Falle nicht darum, ob ein Veräußerer des Wohnungsamts am Buchstaben des Gesetzes vorlag. Es lag uns vielmehr daran, eine Praxis zu zeigen, die auch nach der obenstehenden Erklärung nicht anders als bürokratisch genannt werden kann.

Die abschließende Generalversammlung der Freidenker für Feuerbekämpfung nahm am Sonntag die Beratung der Satzungen und Anträge vor, wobei ein Antrag des Bezirks Schlesien, daß Eltern, die bei der Organisation Mitglied sind, ihre Kinder nicht in den Religionsunterricht schicken dürfen, eine lebhaften Debatte hervorrief. Nach eingehender Erörterung wurde der Antrag dem Vorstand als Material übergeben. Die Satzungen wurden in der allen Freidenker mit einigen Änderungen angenommen. Nach lebhafter Debatte wurde der bisherige Vorstand mit 59 Stimmen

gegen 6 wiedergewählt. 20 Delegierte enthielten sich der Stimme und 10 Zettel waren unbeschrieben. Um 2 Uhr wurde die Generalversammlung geschlossen. — Der Schluß hinterließ seinen erhebenden Eindruck. Bei der Debatte über die Vorstandswahl steigerte sich der Tumult derart, daß der größte Teil der Delegierten überhaupt nicht mehr wußte, um was es ging. So zum Beispiel lag ein Antrag des 13. Berliner Bezirks vor, wonach der Verein sich dem Auzonienklub anschließen soll. Auf Vorschlag des zurückgetretenen Obmanns des Bezirksrates, Rieger, wurde über diesen Antrag abgestimmt, ohne daß er vorher den Delegierten bekanntgegeben worden wäre.

Liebesdrödie in Neukölln.

Eine Tragödie spielte sich gestern abend um 1/8 Uhr in einem Gemüßladen in der Bergstraße 151/152 zu Neukölln ab. In dem Geschäft erlitten der 34-jährige Monteur Paul Wartenburg aus der Schloßstraße 68 in Charlottenburg, um mit der 19 Jahre alten Verkäuferin Bertha Klausner aus der Richardstraße 102 in Neukölln eine Aussprache herbeizuführen. Seit langem hatte er mit dem jungen Mädchen ein Verhältnis, das in letzter Zeit sehr getrübt war. Im Verlaufe der Unterredung, die sehr erregt verlief, zog Wartenburg plötzlich einen Revolver und gab auf das Mädchen zwei Schüsse ab. Das Mädchen brach sofort tot zusammen. Beide Augen hatten den Kopf getroffen. Der Täter wurde verhaftet und dem Polizeipräsidenten übergeben. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er die Tat aus Eifersucht begangen habe, da Fräulein Klausner das Verhältnis zu ihm lösen wollte.

Die Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn.

Nach Beendigung der Elektrifizierungsarbeiten der Vorortstrecken nach Bernau, Oranienburg und Velten soll als nächstes die Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn in Angriff genommen werden. Der elektrische Betrieb wird auf der Stadtbahn die Möglichkeit einer Vermehrung der stündlichen Zugzahl von 24 auf 40 (um 66 2/3 Proz.) und auf der Ringbahn von 12 auf 24 (um 100 Proz.) bieten. Die Erhöhung der Zugzahl und das größere Rollmaterialvermögen ermöglichen, die Zahl der stündlich angebotenen Plätze auf der Stadtbahn von 27 000 auf 64 000 Plätze in der Stunde, das ist etwa das Doppelte, und auf der Ringbahn von 12 000 auf 38 000 Plätze in der Stunde, gleich dem Dreifachen, zu steigern.

Das Kind im brennenden Hause. Gestern nacht erlitten aus dem Hause Luisenstraße 8 in Rosowes laute Schreie eines Kindes. Einwohner fanden die Kinderstube des Hauses stark verqualmt und die Möbel bereits in Brand. Darin eingeschlossen befand sich die fünfjährige Cisse Lindner, deren Eltern fortgegangen waren. Das Kind lag so schwere Verletzungen davon, daß es bald darauf starb.

Belehrungsabende des Hochbergs. Sonntag, den 13. April, pünktlich 8 Uhr nachmittags, im Scharlakenkeller Charlottenburg. Die Sunatra von Deleants. Preis der Karte einschließlich Kleiderablage und Theatergetränk 1.30 M. Karten sind nach in allen Verkaufsstellen zu haben.

Vorbereitungen zum Weiterflug der „Norge“. Gestern wurde das auf dem Flugplatz Vuhum ankernde Luftschiff „Norge“ mit neuem Brennstoff und Ballast versehen und eine Ergänzungsgeländung der Ballastkörper vorgenommen. Das Luftschiff ist jetzt für die zweite Etappe seiner Reise fahrbereit. Wann die Fortsetzung des Fluges stattfinden wird, hängt von der Wetterlage in der Gegend von Oslo ab, die von den meteorologischen Sachverständigen der britischen Admiralität genau kontrolliert wird. Dies ist um so notwendiger, als die „Norge“ ein Luftschiff halbstarren Systems ist und in Oslo für die Unterbringung des Luftschiffes lediglich ein Bandenraum zur Verfügung steht. Amundsen und Ellsworth sind nach Spitzbergen abgereist, wo sie die „Norge“ bestiegen werden.

Das Drama eines Zwölfjährigen. Am nordböhmischen Aukorte Křístka hat sich ein 12 Jahre alter Volksschüler neben der Wohnung seines Vaters erhängt. Das Kind mußte, vom Vater drohentlich mißhandelt, die schmerzlichen Arbeiten verrichten. Aus Verzweiflung über die schlechte Behandlung, die der Knechtung aus seiner Frau und den anderen Kindern angedehnt löst, ging der Knabe in den Tod.

Aus dem russischen Schulparadies. In einem Dorfe des Sarowischen Gouvernements ist das Schulhaus eingestürzt und hat unter seinen Trümmern den Lehrer begraben. Die „Pravda“ schreibt, daß man von Glück sprechen könnte; denn wäre der Einsturz einige Minuten später geschehen, so wären wohl sämtliche Schulkinder dem hauffälligen Hause zum Opfer gefallen. Der Lehrer hat unglückliche Nase auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Allerdings ohne Erfolg.

Sport.

Die Vorgänge in der Arena am Kaiserdamm.

Die Sporthallen-Aktiengesellschaft übernimmt die Leitung.

Berlin hat seinen Radrennbahnskandal hinter sich. Doch er sich nicht noch gewaltiger auswirkte und noch weitere Kreise zog, ist den christlichen Interessenten des deutschen Radrennsports zu danken. Schon lange murren die Pessimisten, daß die finanziellen Wege des großen Unternehmens nicht gut sei! Doch die Pessimisten drangen vorerst mit ihrer Meinung nicht durch. Aber der Dienstag brachte den Beweis für die Richtigkeit ihrer Prophezeiungen.

Mittags 1 Uhr stellten die Fahrer ein Ultimatum, bis um 6 Uhr abends die finanzielle Seite des Sechstagerrennens einwandfrei zu klären. Sie wurden von der Turniergesellschaft zunächst auf 2 Uhr vertröstet. Auch bis dahin kam kein positiver Bescheid. Jetzt griffen die Fahrer zu einem Druckmittel, das nur zu berechtigt war. Sie fuhren vor Beginn der ersten Hälfte der Nachmittagswertung auf dem Teppich. Doch nicht genug damit, völlig kampflös erklärten sie die Wertung. Besonders die Ausländer beteiligten sich an der Wertung nur ganz zahn. Sergenti war drauf und dran, sogar gänzlich die Bahn zu verlassen! Doch soweit sollte es — und das war im Interesse des deutschen Radrennsports nur zu begrüßen — nicht kommen. Da die alte Direktion langsam und langsam den Schauspiel ihrer Tätigkeit verlassen hatte, bildete sich schnell eine neue Leitung aus der finanziell sicher bestehenden Deutschen Sporthallen-Direktion Aktiengesellschaft, die nun das Rennen zu Ende führen wird und auch eine freigabe der von der Steuer beschlagnahmten Kasse herbeiführt. Jedenfalls hat die bereits vor einigen Tagen gegebene Erklärung des „Normants“, daß die Preispolitik der Turniergesellschaft sich geradezu katastrophal auswirkte, nur zu sehr ihre Berechtigung gehabt.

Die Zehnhundertwertung

wird nur noch von 9 Mannschaften ausgeführt. Bauers Partner Bunke hat um 1/2 Uhr nachmittags krankheitsbedingt die Bahn verlassen. Der als Ersatzmann stehende Bauer wird um 10 Uhr aus dem Rennen genommen. Insgesamt sind bis zu dieser Wertung 3050,780 Kilometer zurückgelegt. Die Spurts brachten folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Hahn vor Junge, Frederik und Rogg. 2. Spurt: 1. Beckman vor Gottfried, Sergenti und Behrendt. 3. Spurt: 1. Eaton vor Hahn, Langardt und Louet. Gleich nach dem Ausfahren des dritten Spurts gelang es der Mannschaft Anari-Bindo auszureifen und nach hartem Kampfe ein Runde zurückzugewinnen, so daß sie jetzt nur noch zwei Runden zurückliegen. 4. Spurt: 1. Pinari vor Louet, Hirtgen und Eaton. 5. Spurt: 1. Junge vor Eaton, Louet und Frederik. 6. Spurt: 1. Beckman vor Junge, Hahn und Louet.

Der Stand des Rennens nach der Zehnhundertwertung ist nun folgender: 1. Sergenti-Boniet 278 Punkte. Eine Runde zurück; 2. Beckman-Eaton 213, 3. Gottfried-Junge 204, 4. Frederik-Doreng 112, 5. Rogg-Miehe 42 Punkte. Drei Runden zurück; 6. Standoers-Bindo 101, 7. Anari-Bindo 96, 8. Deboets-Hirtgen 80 Punkte. Vier Runden zurück; 9. Langardt-Behrendt 78 Punkte.

Brotgetreide wird teurer.

Die Stützungaktion. — Preissteigerungen an den deutschen Märkten.

In den Weltmärkten für Brotgetreide haben sich im neuen Jahre die wiederholten Verläufe, Anstieg an die Preishöhe zu Ende des vergangenen Jahres zu behalten, nicht durchsetzen können. Einem Preissturz für Weizen in der zweiten Februarwoche ist ein erneuter Preissturz in der ersten Märzwoche gefolgt. Darnach wurde zwar in der zweiten und dritten Märzwoche wieder eine Heraufführung der Weizenpreise erreicht, aber diese wurden in der vierten Märzwoche auf den tiefsten Stand dieses Jahres (verglichen nach Wochenmitteln) herabgedrückt. Seitdem ist, wie die folgende Zusammenstellung zeigt (Preise in Cents je Bushel), die Preislinie wieder leicht aufwärts gerichtet.

Weizenpreise im Ausland.

Woche vom	New York Hardwinter loco	Chicago No. 2	Winnipeg No. 1
4. — 9. Januar	199 ¹ / ₂	179 ¹ / ₂	161 ¹ / ₂
1. — 6. März	182 ¹ / ₂	159 ¹ / ₂	143 ¹ / ₂
8. — 13. "	184 ¹ / ₂	161 ¹ / ₂	147 ¹ / ₂
15. — 20. "	186 ¹ / ₂	162 ¹ / ₂	149 ¹ / ₂
22. — 27. "	181 ¹ / ₂	157 ¹ / ₂	147 ¹ / ₂
29. 3. — 3. April	181 ¹ / ₂	157 ¹ / ₂	148 ¹ / ₂
5. — 10. "	182 ¹ / ₂	158 ¹ / ₂	150

Obwohl die Preisbewegung dieser Märkte mehr oder weniger parallel verläuft, zeigt sich doch deutlich die größere Widerstandsfähigkeit des kanadischen Preisniveaus unter dem Einfluß des Weizenmonopols der Farmer. Die zeitlich ersten und letzten Notierungen in der vorstehenden Tabelle liegen für Chicago um 20% und für New York um 17 Cents auseinander, für Winnipeg jedoch nur um 11% Cents.

Auf die Preisgestaltung hat in der in Frage stehenden Zeit am stärksten die Zurückhaltung der Händler und Mühlen gewirkt, die durch sehr günstige Schätzungen der jetzt wachsenden Bereinigten Staaten-Ernte, also durch die Erwartung niedrigerer Preise, gestützt wurde. Inzwischen hat der am 10. April bekanntgemachte offizielle Saatensstandsbericht diese privaten Schätzungen nicht bestätigt. Gleichzeitig hat die offizielle Schätzung der argentinischen Ernte eine wesentliche Ermäßigung der bisher mitgeteilten Erntezahlen gebracht. Beide Momente haben am 10. April den Anstoß zu einer Aufwärtsbewegung der Preise gegeben, deren Bedeutung noch nicht beurteilt werden kann.

Der Roggen, der für die Weltmärkte nur von geringer Bedeutung ist, wurde seit Anfang des Jahres in Chicago und Winnipeg fast ununterbrochen im Preise heruntergeführt. Er verlor nach Wochenmitteln verglichen, von der ersten Januar- bis zur ersten Aprilwoche in Chicago 23% und in Winnipeg 29% Cents je Bushel. Sowohl absolut wie auch relativ ergab sich beim Roggenpreis eine stärkere Senkung als beim Weizenpreis.

Die deutschen Preise unabhängig vom Weltmarkt.

An den deutschen Getreidemärkten verläuft die Preisbewegung seit einiger Zeit ganz entgegengesetzt der Entwicklung am Weltmarkt. In Wochenmitteln wurden seit Februar für Weizen in New York (Hardwinter loco) und Berlin (märkischer loco) folgende Preise in Cents je Bushel bzw. Mark per Tonne und in Prozenten des entsprechenden Dezember-Durchschnittspreises notiert:

Die Weizenpreise in New York und Berlin.

	New York Cents	Berlin Mark	New York Proz.	Berlin Proz.
1. — 6. 2.	196 ¹ / ₂	245,75	102,0	98,3
8. — 13. 2.	191 ¹ / ₂	246,67	98,3	98,7
15. — 20. 2.	190 ¹ / ₂	246,33	97,7	98,5
22. — 27. 2.	189 ¹ / ₂	248,25	97,1	98,3
1. — 6. 3.	182 ¹ / ₂	251,—	93,6	100,4
8. — 13. 3.	184 ¹ / ₂	251,08	94,8	100,4
15. — 20. 3.	186 ¹ / ₂	254,33	95,6	101,7
22. — 27. 3.	181 ¹ / ₂	262,17	92,9	104,9
29. 3. — 3. 4.	181 ¹ / ₂	274,50	93,3	109,8
5. — 10. 4.	182 ¹ / ₂	280,60	93,7	112,2

Während also in dieser Zeit am New-Yorker Markte (wie auch an den übrigen Weltmärkten) der Dezember-Durchschnittspreis immer stärker unter erschritten wurde, wurde er in Berlin seit Anfang März immer stärker überschritten. Eine ähnliche Entwicklung nahm die Roggenpreisbildung an den deutschen Märkten. In Wochenmitteln wurden seit Februar für Roggen in Winnipeg (No. 1) und in Berlin (märkischer loco) folgende Preise in Cents je Bushel bzw. Mark per Tonne und in Prozenten des entsprechenden Dezember-Durchschnittspreises notiert:

Die Roggenpreise am Weltmarkt und bei uns.

	Winnipeg Cents	Berlin Mark	Winnipeg Proz.	Berlin Proz.
1. — 6. 2.	105 ¹ / ₂	150,67	106,9	99,5
8. — 13. 2.	97 ¹ / ₂	148,—	98,8	97,7
15. — 20. 2.	95 ¹ / ₂	145,—	96,8	95,7
22. — 27. 2.	93	144,67	94,2	95,5
1. — 6. 3.	86 ¹ / ₂	146,58	87,9	96,8
8. — 13. 3.	89 ¹ / ₂	154,—	90,2	101,7
15. — 20. 3.	88 ¹ / ₂	157,25	89,9	103,8
22. — 27. 3.	87 ¹ / ₂	159,33	88,4	105,2
29. 3. — 3. 4.	87 ¹ / ₂	166,—	88,8	109,6
5. — 10. 4.	88 ¹ / ₂	178,70	89,3	114,7

Die Preislinien von New York und Berlin für Weizen und von Winnipeg und Berlin für Roggen (ähnlich auch für andere Weltmärkte im Vergleich mit Berlin) überschneiden sich also in ihrem Verhältnis zu den entsprechenden Dezemberpreisen 1925. Die deutsche Sanbmiterschaft schneidet dabei viel besser ab als der Weltmarkt. Die deutsche Preisbewegung hat sich seit Anfang Februar für Weizen und seit Ende Februar auch für Roggen von der Weltmarktbewegung getrennt und hat anstatt nach unten nach oben geführt.

Befriedigende Preise?

Der Berliner Weizenpreis hat in der vergangenen Woche mit durchschnittlich 280,60 M. für greifbare märkische Ware eine ansehnliche Höhe erreicht. Er liegt damit 41 Proz. über dem Berliner Jahresdurchschnittspreis von 1913 (198,90 M.). Dieser Preis wird wohl selbst von den anspruchsvollsten Agrarern als „befriedigend“ anerkannt werden. Weniger stark geht der Berliner Roggenpreis der vergangenen Woche über den

Durchschnittspreis von 1913 hinaus. Er liegt mit 173,70 M. für greifbare märkische Ware nur knapp 6 Proz. über diesen (164,30 M.). Die Preisspanne zwischen Weizen und Roggen, die im Durchschnitt des Jahres 1909/1913 in Berlin 43,60 M. pro Tonne betrug, ist von 100 M. in der ersten Januarwoche 1926 auf 107 M. in der Woche vom 5. bis 10. April gestiegen. Es ist also noch immer kein normales Verhältnis zwischen den beiden Brotgetreidearten vorhanden. Nach den sich aus der Preisbewegung der letzten Wochen ergebenden Aussichten ist aber mit einer Annäherung der Weizen- und Roggenpreise in Deutschland in der nächsten Zeit zu rechnen. (Während Mai-Weizen in Berlin am 10. April nur 9 M. pro Tonne mehr wertete, wie greifbarer Weizen, lag gleichzeitig die Notierung für Mai-Roggen pro Tonne 18,50 M. höher als die loco-Notiz.) Unter diesen Umständen erklären bereits Getreidemärkte bürgerlicher Zeitungen, daß man die Roggenpreise „kaum noch niedrig“ nennen könne und daß es jedenfalls zweifelhaft sei, ob es noch einer besonderen Einwirkung der neuen, mit Reichsmitteln arbeitenden Getreidehandels-gesellschaft auf den Roggenmarkt bedürfe.

Die den deutschen Landwirten günstige Preisentwicklung der letzten Zeit wird nicht selten bereits auf Vorauswirkungen der neuen Gesellschaft zurückgeführt. Das erklärt im Hamburger „Wirtschaftsdienst“ (Heft 14) der Berliner Privatdozent Ritter, der bei den vorjährigen Zolldebatten als wissenschaftliche Stütze der agrarischen Argumentation hervortrat, für falsch. Dieser sieht insbesondere die niedrigen deutschen Roggenpreise als Folge eines nicht oft eintretenden Zusammenstreffens verschiedener ungünstiger Umstände an und stellt ganz richtig fest, daß diese Konstellation in der Veränderung begriffen ist, womit der Brotgetreidemarkt von dem auf ihm lastenden Druck mehr und mehr frei wird. Deshalb hält es Ritter doch für unerlässlich, daß energische Versuche zur Ausbehnung des Weizenbaues auf Kosten des Roggenbaues gemacht werden. Es ist wichtig, daß diese Erkenntnis auch im Falle einer entschiedenen Situationsänderung für Roggen nicht wieder verloren geht. Joh. Kreyen.

Um das Welteisenkartell.

Neue internationale Verhandlungen.

Am 18. April werden die Verhandlungen über ein internationales Eisenkartell wieder aufgenommen. Hierbei laufen nebeneinander die verschiedenen Versuche, zunächst einzelne Teile der Eisenindustrie international zu organisieren, während der anderen Seite auch eine Regelung der gesamten Roh-eisen-erzeugung angestrebt wird. Verhältnismäßig am weitesten gediehen ist das Internationale Schienenkartell, über das die Einigung zwischen Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Belgien, England und Amerika mit dem Erfolge erzielt wurde, daß die Preise bereits erhöht werden konnten. Nicht weit von einer Verständigung ist man in der Röhrenindustrie, wo die Quoten für die einzelnen europäischen Länder im großen ganzen bereits festliegen. Ferner sind feste Abreden mit den Saarwerten sowie mit Frankreich und Luxemburg erzielt, die die Frage der Einfuhr fremden Eisens nach Deutschland in einzelnen regeln, und zwar derart, daß der deutsche maßgebende Verband, der Roh-eisenverband, die feste Kontrolle über die Einfuhr und über den Preis des eingeführten Eisens erhält.

Schwierigkeiten sind neuerdings aufgetreten durch die Haltung der englischen Interessenten, die gegen eine internationale Regelung erhebliche Bedenken haben. In schwerindustriellen Kreisen hofft man jedoch, daß der Bestand und die Wirksamkeit des Internationalen Schienenkartells dadurch nicht in Frage gestellt wird. So markiert die internationale Kartellierung. Die deutsche eisenverarbeitende Industrie steht vor der Gefahr, vollständig dem Preisdiktat der internationalen schwerindustriellen Verbände preisgegeben zu werden. Bisher hat man noch nichts gehört, daß die amtlichen Stellen Sicherungen gegen die monopolistische Ausnutzung der riesigen Machtgewalt getroffen haben, die sich im internationalen Eisenkartell zusammenballt. Es ist hohe Zeit, daß hier etwas geschieht, um die Versorgung der verarbeitenden Industrie mit Rohstoffen zu angemessenen Preisen zu gewährleisten.

Vor der Gründung eines Weißblechmonopols.

Die Firma Otto Wolff hat laut „Kölnische Volkszeitung“ Verhandlungen wegen Uebnahme des Verkaufs der gesamten Weißblechproduktion der Hüstener Gewerkschaft in Hütten in Westfalen, die der Selskühener Bergwerks- u. B. gehört, angeknüpft. Bei einem günstigen Ausgang der Verhandlungen besitzt Otto Wolff das Weißblechmonopol für Deutschland. Als Weißblecherzeuger kommen in Deutschland die Kasselsteiner Eisenwerk- u. m. B. H., Stahlwerk von der Ippen, Wilsener Hütte, Abteilung Westfalen Union des Phönix, Radrod, alle drei bereits zum Otto Wolff-Konzern gehörig; außerdem die Dillinger Hüttenwerke im Saargebiet, die zurzeit außerhalb Deutschlands liegen, die Hüstener Gewerkschaft in Hütten und Capito u. Klein in Benroth, zum Krupp-Konzern gehörig, in Frage. Die Produktion der letzteren Gesellschaft an Weißblech ist aber nur gering. Mit der Uebnahme des Verkaufs der Hüstener Gewerkschaft ist demnach tatsächlich das Weißblechmonopol in Händen von Otto Wolff.

Mit der Gründung eines derartigen Weißblechmonopols, das einer einzigen Firma die Möglichkeit eines Preisdiktates geben würde, werfen sich Fragen auf, die für die gesamte verarbeitende Industrie von großer Bedeutung sind. Weißblech gehört zu den Rohstoffen, die zum Beispiel die Fabrikation von Küchengeräten, von Verpackungen für Konserven und für das Klempnerhandwerk von großer Wichtigkeit sind. Man kann gespannt sein, wie diese Kreise die Tatsache einer Monopolbildung für Weißbleche hinnehmen werden, wenn der Otto Wolff-Konzern tatsächlich zum alleinigen Beherrscher des deutschen Weißblechmarktes wird. Die Möglichkeit, die Preise zu beeinflussen, besteht darin, daß man die Zölle auf Weißblech herabsetzt. Der größte Konkurrent in diesem Artikel ist England, das jetzt durch die Zölle teilweise vom deutschen Markt abgehalten wird. Bei einem Abbau oder einer Beseitigung des Weißblechzölles könnten sicherlich manche Gefahren für die Preisbildung vermieden werden. Die Weißblechverbraucher sind außerdem der Meinung, daß ein zollfreier Veredelungsverkehr in Weißblech der

deutschen Industrie erhöhte Beschäftigung und damit auch die Möglichkeit eines Preisabbaues bieten würde. Diese Bedankengänge werden von den zuständigen Behörden rechtzeitig ins Auge gefaßt werden müssen, um die Gefahren einer Monopolstellung am Weißblechmarkt zu beseitigen. Bisher ist es jedenfalls ein noch ver einzelter Fall, daß ein einziger Konzerninhaber auf-nieder der Zollpolitik in einem Gewerbegebiet ist.

Die Blech verarbeitenden Industrien im März.

Die im Februar feststellbaren Zeichen einer Besserung der Geschäftslage in einzelnen Zweigen und Unternehmungen der Blech- und Schwarzblech verarbeitenden Industrien erfuhren im Monat März eine gewisse Verallgemeinerung. Die in den einzelnen Branchen erzielten Umsätze blieben jedoch durchgehend weit hinter denen des Vorjahres zurück. Neue Stilllegungen, Betriebsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen und Uebergänge zur Kurzarbeit größeren Stils sind im vergangenen Monat nicht vorgekommen. Von mehreren Seiten wird darauf hingewiesen, daß dieses Aufhören der Abwärtsentwicklung weniger auf eine grundlegende Verbesserung der Voraussetzungen, unter denen die verarbeitenden Industrien wirtschaften, zurückzuführen ist, als vielmehr auf eine Belebung des Saison-geschäftes in den verschiedenen Produktionszweigen.

Die Konjunktur im März.

Nach dem soeben erschienenen Monatsbericht vom 6. April 1926 des Reichsarbeitsblattes hat sich die Wirtschaftslage im März in einzelnen Industriezweigen verschiedentlich leicht gebessert, ohne daß sich jedoch die Arbeitsmarktlage wesentlich günstiger zu gestalten vermochte. Der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang, der im Februar 76 Proz. betragen hatte, ist nicht zurückgegangen. In der Metallindustrie ist nur eine leichte teilweise Besserung eingetreten. Die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe ist hier von 90 auf 88 Proz. zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau ging um 2,8 Proz. zurück. Der Anteil der schlecht beschäftigten Betriebe erhöhte sich noch von 87 auf 91 Proz. Die Nachfrage nach Spezialmaschinen ist gestiegen. Der Kraftwagenbau hatte in einzelnen Bezirken lebhaftere Nachfrage und erhöhten Absatz. Die Lage der Elektroindustrie hat sich nicht wesentlich geändert. In der chemischen Industrie hob sich im ersten Monatsdrittel die Ausfuhr, konnte allerdings dann wieder ab. Die Stickstoffindustrie konnte die gute Nachfrage nach Stickstoffdüngemitteln erheben. Die Frühjahrsfahrräder machten sich im Bekleidungs-gewerbe, wenn auch nicht so stark wie sonst, bemerkbar. Recht gut lauten die Berichte der Berliner Herren- und Damenkonfektion und der Breslauer Wäschekonfektion. In der Leder- und Schuhindustrie hat die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat etwas zugenommen. In der Gummiindustrie besserten sich die Beschäftigungsverhältnisse langsam. Die Belebung am Schnittholzmarkt war nur vorübergehend. Die Bautätigkeit hat sich dem Vormonat gegenüber ein wenig gebessert. Die Arbeiten beschränkten sich aber in der Hauptsache auf Innearbeiten und Reparaturen. Daher blieb der Geschäftsgang des Baustoffmarktes noch immer verhältnismäßig still.

Der Arbeitsmarkt in der zweiten Aprilwoche.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die zweite Aprilwoche hat sich die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes in den Außenberufen, besonders durch den Bedarf der Landwirtschaft, gehoben. Schwach blieb allerdings noch das Arbeitsangebot im Baugewerbe. In der Industrie dagegen hielt die ungünstige Lage im Bergbau und in der Metallindustrie, außerdem auch in der Textil-, Papier- und Lederindustrie sowie im Vertriebs-gewerbe an. Uneinheitlich war der Beschäftigungsgrad in der Holz- und Bekleidungsindustrie und der der Nahrungs- und Genussmittel. Soweit die Zahlen der Arbeitsuchenden etwas zurückgingen, war dies auch auf Vermittlung von qualifizierten Arbeitern in der Industrie, auf solche von Jugendlichen in der Landwirtschaft und auf den Bedarf der Gewerbe, die durch die Festtage belebt wurden, zurückzuführen. Im übrigen wurden zu Ostern vielfach Zugänge von Arbeitssuchenden durch Entlassungen von ausgemerkten Lehrlingen und Angestellten bemerkt. Die langsame Besserung in der Baustoffindustrie hat angehalten. Leider zeigt das Metallgewerbe im allgemeinen noch eine erhebliche Verschlechterung, auch die Lage in der Textilindustrie blieb ungleichmäßig.

Die Aufnahme langfristiger Anleihen macht neuerdings außerordentliche Fortschritte in Deutschland. Die 40-Milliarden-Anleihe des Deutschen Sparfassen- und Giroverbandes, von der bekanntlich 25 Millionen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurden, waren in den ersten zwei Tagen bereits bei Ueberzeichnung untergebracht. Die Stadt Köln beschloß die Aufnahme einer Anleihe bis zu 38 Millionen zur Ausgestaltung des Straßenbahneetzes, zur Fertigstellung der Müllverwertungsanlage, zum Gefändeaufbau und zum Brückenbau. Auch die Industriezweige suchen die günstige Lage des inländischen Kapitalmarktes auszunutzen. Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch kündigt eine hypothekarisch gesicherte achtprozentige Inlandsanleihe in Höhe von 18 Millionen Mark an, die zu einem Kurse von 94,5 Proz. zur Zeichnung gelangt. Ueber die großen Anleihepläne der Reichspost und der Reichsbahn ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Zunahme der privaten Aktiengesellschaften in Russland. Nach amtlichen Angaben hat die Zahl der privaten Aktiengesellschaften in Russland im Laufe der letzten Jahre eine Steigerung aufzuweisen, und zwar wurden 1922 zwei private Aktiengesellschaften registriert, 1923 vier, 1924 acht und 1925 neunzehn neue Gesellschaften. Der Anteil des privaten Kapitals macht im Verhältnis zu der Gesamtsumme des in den russischen Aktiengesellschaften investierten Kapitals 26 Proz. aus, während die Beteiligung des staatlichen Kapitals sich auf 69 Proz. und die des genossenschaftlichen auf nur 4 Proz. bezieht.

Das Getränk der Millionen:
KATHREINERS MALZKAFFEE
Ihr Gafold muß's!

Allemal: Rahma-buttergleich!
MARGARINE

Karlchen und der Vereinsausflug

Von Karl Ellinger.

Es gibt nichts Schöneres, als hinauszufliegen. Die Herren Geschäftsreisenden werden natürlich widerprechen — vielleicht habe ich mich auch falsch ausgedrückt — nämlich nicht das Hinausfliegen mit propellerhaft nachsurrendem Rüstertöster, sondern das Ausfliegen in die Natur. Früher sangen wir begeistert „Hinaus in die Ferne“, bei dem jetzigen Eisenbahnarif singen wir nur noch „Hinaus in die Röhre“.

Es gibt Vereine, aus denen ich noch nicht hinausgefliegen bin. Noch nicht. Ich habe doch mit dem Vereinsleben: ich kann meine Beiträge noch solange schuldig bleiben, man schließt mich trotzdem aus. Dabei mache ich grundsätzlich die Vereinsstunden durch mein Nichterscheinen gemächlich. Nur zu Hauptversammlungen komme ich, verleihe sofort das „Wort zur Geschäftsordnung“, und kaum habe ich dann zwei bis drei Stunden geredet, so bemerke ich schon eine gewisse Mißstimmung gegen mich. Der Vorsitzende unterbricht mich, und wenn ich dann ganz höflich antworte: „Sei still, Hanswürst!“ — hums, stimmen sie schon wieder über meinen Ausschluß ab. Ich muß unter einem sehr vereinsfeindlichen Planeten geboren sein.

Nur in unserem Vergnügungsverein „Der umfallende Watschenbaum“ haben sie noch ein Vertrauen zu mir. Da bin ich sogar der Vergnügungsausschuß. Und in diesem Ehrenamt habe ich schonmalerisch einen Vereinsausflug zu arrangieren. Das letzte Jahr fand er im Dezember statt, weil ich nicht früher mit den Vorbereitungen fertig geworden war, aber diesmal mußte der Guh früher gelingen. „Wieviel darf die Sache denn kosten?“ fragte ich die übrigen Vorstandswürmer. Sie gaben mir zweihundert Mark aus der Vereinskasse, und da konnte ich endlich meinen Schneider bezahlen.

Alsdann bin ich hinausgefahren nach Großjannertshausen, einen herrlich gelegenen Ort — auf zehn Kilometer kein Baum — und habe dem Wirt gesagt: Sonntag kommt ein Verein, er solle die Bestände anbinden.

„Wieviel Leute sein's denn?“ erkundigte sich der Wirt. Ich schätzte etwa hundertfünfzig, aber weil ich nicht gern Schredschüsse abgebe, sagte ich: „Etwa zwanzig. Sorgen Sie für genügend Essen und Trinken!“

„Geht's nig!“ erklärte der Wirt.

Nachdem ich in dieser unsichtigen Weise für Ägung und Labung gesorgt hatte, ging ich an die Ausarbeitung des Vergnügungsprogrammes. Ich engagierte einen Klavierpieler, einen weitgereisten Künstler, er hatte früher einmal einen Floßstreckus, und noch jetzt juul's einem in der Hand, wenn er spielt. Besonders im Auswendigspielen ist er groß, denn sei eigentliches Instrument ist die Dechorgel. Klavier spielt er nur, wenn er die Fische nicht zahlen kann und hinausgeworfen sein will.

Dann setzte ich ein Preisgeld auf Programm und ein Fischrechen. Bei der Wirtschaft ist nämlich ein Tümpel. Da kann man drauf rudern, wenn man sich vorher die Rufe zubindet. Er ist ein hübscher aromatischer Tümpel. „Duffel“ nennt man das, wenn man das Fremdwort Parfümerie vermeiden will. Und für den Abend bereitete ich eine „Venezianische Nacht“ vor, indem ich drei Champions an eine Wälschele band. Und schließlich erstand ich noch ein Feuerwerk: zwei Frösche, einen Kanonenschlag, ein Feuerwerk und eine Schachtel bengalische Fündhölzer.

Und dann telephonierte ich dem ersten Vorsitzenden: „Es wird fabulos! Ich bleibe gleich hier, und ihr fahrt Sonntag früh die Station Fuldweilsberg, geht durch die herrliche Landschaft nach Oberknaudenheim, biegt rechts ab und biegt über Sandwüstenhausen gegen zwei Uhr hier ein. Sonnenstrahlen brauchen die Dama nicht mitzunehmen, es geht formidabel durch Wald!“

„Hast du auch für Unterhaltung gesorgt?“

„Trage nicht so beleidigend! Knote hat zwar abgeplatzt, die Inogün ist heller, und Richard Strauß ist verreiselt, aber ich habe einen unerhörten Klaviervirtuosen gebucht, einen Hofkünstler, der hat schon in den größten Hölen gespielt, der ist so vornehm, daß er sein Honorar meist in Papier gewickelt kriegt. — na, ihr werdet Rufe und Rund ausiperrn und nur noch durch die Ohren atmen!“

Und es kam der Sonntag. Die Darfüdr schlug Mitternacht, ein Zeichen, das es vier Uhr nachmittags war, und noch kein „Umfallender Watschenbaum“ in Sicht. Die Uhr schlug sechs (also war es halb fünf) — keine Spur eines Vereins. Endlich um fünf Uhr nahte eine Staubwolke, aus der sich der Herr zweite Schriftführer wickelte. Er schwigte, als ob er aus einem Dampfbad käme, und begrüßte mich mit den aussichtsreichen Worten:

„San Sie in einer Lebensversicherung?“

„Wo sind denn die anderen?“

„Jehn ham an Hühlschlag kriegt, dreißig liegen irgendwo im Strochengraben, und die übrigen ham geschworen, sie schlag'n Cahna das Guad ab!“

Aber es wurde nicht ganz so schlimm, die Eintreffenden waren viel zu erschöpft. Am besten gefiel mir die dicke Frau erste Vorstandsgemahlin, von der tropfte das Fett wie von einem Braubühnel am Spieß, sie röhelte nur noch ganz leise, aber sie behaß immerhin noch die Kraft, mir ihren Sonnenschirm auf's Dach zu hauen mit dem Trinkstuch: „Dees vergiß i dir net, Hundling!“

Und dabei hatte ich doch ausdrücklich gebeten, die Damen möchten ihre Sonnenhüte zu Hause lassen.

Um die Stimmung zu heben, begann ich gleich das Treistegeln. Mit Damen, damit es mehr Gaudi gibt. Und es gab auch eine große Gaudi, denn, wie ich grade meinen weltberühmten Bubel schieben wollte, wickelte mir die Angel aus der leuchtigen Hand, floa im weltlem Bogen hinter mich, und es wäre vielleicht eine ernstliche Beschädigung der Regelbahn eingetreten, wäre nicht der Anproll dadurch gemindert worden, daß die Angel vorher der Frau ersten Vorstandsgemahlin an den Substopp kaulte. Ich hatte die aufstrebende Ahnung eines Nordstrachs, da trat glücklicherweise der Wirt dazwischen, um zu verkünden, daß sein Bier mehr da sei.

Diese Mitteilung trug in höchst vermindelter Weise zur Wehrung meiner Popularität bei. Zudem kam jetzt der Klavierpieler: „Die jungen Leut' mögen tanzen, aber ich komm nicht Klavier spielen!“ „So?“ Ich lehre ich ihn an. „Sie können nicht?“ — „Rein,“ lispelte er freundlich, „es ist nämlich kein Klavier da!“

Nun konnte mich nur noch das Fischrechen vor der Begeisterung des Volkes retten. Ich dirigierte also die Renne nach dem Tümpel und sprach: „Ich will Ihnen zunächst die Spielregeln erklären. Wieselicht ist eine der Damen so liebenswürdig, mit mir dieses Boot zu bestiegen!“ Und nachdem die Frau erste Vorstandsgemahlin so liebenswürdig gewesen war, fuhr ich fort: „Vor allem dürfen Sie nicht schaukeln! Machen Sie ja nie so, wie ich es

Das Licht Roms in der afrikanischen Sonne.



„Vergeßt niemals, daß vier Jahrtausende von den Spitzen jener Pyramiden auf meine geschundene Nase herabblitzen.“

regt mache“ — und dann lag die Frau Vorstanderin über Bord. Man fischte sie heraus, aber sie stand in keinem guten Geruche mehr. Um die Aufmerksamkeit von diesem Teil des Kriegsschauplatzes abzulenken, beschloß ich, nunmehr „Venezianische Nacht“ zu machen. Ich stieg also auf den Tisch, setzte ein Streichholz in Brand, das eine Dampion auseinander, sah, daß keine Kerze drin war, warf das brennende Streichholz weg, und — Blut muß der Mensch ham — gerade auf das Feuerrot!

Krach, hum, bau, lisch — lisch! ging die ganze Besetzung los. Gewöhnlich machen die Leute bei einem Feuerwerk „Ah!“, diesmal machten sie was ganz anderes. Besonders die Frau erste Vorstandsgemahlin schien mir etwas erregt, denn sie hatte sich zum Ohnmächtigwerden fast den Stuhl ausgelacht, unter dem der Kanonenschlag lag. . . .

Ich verkrümelte mich in eine Ecke, sah auf die Uhr und stellte fest: wenn ich jetzt nicht ans Fortgehen mahne, fährt ihnen der letzte Zug vor der Nase weg, und enterrnte mich ohne weiteres Aufsehen. —

Seit gestern liegt auf meinem Schreibtisch ein eingeschriebener Brief von dem Vereinsvorstand. Aber ich habe ihn noch nicht aufgemacht. Ich glaube auch nicht, daß ich ihn aufmachen werde. Ich erfahr's noch früh genug, ob sie mich zum Ehrenmitglied ernannt haben.

Tag und Abend in Algier.

Abenteuer eines Kohlentrimmers.

Die Stadt der Fremdenlegionäre liegt prächtig an einem Berg und leuchtet weithin in die See hinaus. Ich betrat sie zur Zeit der letzten „Aflossensoc“ 1923 und sah, wie die Regimenter der Legion nach Marokko verfrachtet wurden. Man sang und war lustig! Man sang „deutsche Lieber“!!! Krieg ist eben Krieg!!!

Als wir an Land kamen, umringten uns Scharen von Araberkindern mit — — — Postkarten. Ich kaufte mir zwei Duzend, das Mindestquantum eines Durchschnittsdeutschen, und stieg nun kreuz und quer in der Stadt herum, bestaunte mit offenem Munde Paläste und rümpfte über die bestelnden Zigaretten meine Europäernase.

Schaute „schneidlich“ in die raffigen, schönen Gefichter der unverschleierten Araberinnen. Bedauerte allemal, daß sie sich so leicht, wenn man sie zu dreißig anlah, in ihre Häuser zurückzogen. Wohl hundertmal fragte ich nach dem Weg, wenn ich ein so reißes, gesundes, hübschönes Weib vor dem Hause stehen sah, erkundigte mich über alles mögliche, was mich gar nicht interessierte, bloß um mich an diesem herrlichen, farbenreichen Bild weiden zu können. Leider bekam ich selten eine längere Antwort.

Dann wieder trollte ich mich durch die ganz engen Gassen des Ziguenerviertels, wo die Araber haufen, die man bei uns „Proleten“ nennen würde. Mit Beize mit den Kamelreitern, die in langen weißen Talaren und „beturban“ vor den kleinen Kaffeehäusern bis mitten auf die Straße hinaus sthen. Kohle mit ihnen von Kairo, Timbuktu und Abd-el-Krim, denn was weiß ein echter alter Kamelreiter nicht alles. Ein Mann, der sein ganzes Leben auf den Karawanenstraßen des afrikanischen Kontinents zubringt, kennt alles, hat alle Kriege erlebt und spricht alle Sprachen und Dialekte!

So wurde mir die Zeit nicht lang, und ich ging gegen Abend vollgepfropft mit allerhand Wissenswertes und einem Duzend neuer Einschrisften meines Tippieluchses, traumverloren durch die Stadt zum Hofen hinunter. —

Ein Araberjunge bietet mir Postkarten an! Ich danke! Er wird sehr aufdringlich, verstellt mir den Weg, wird frech! Er fängt an zu brüllen! Menschenauflauf! „Allemand-Böde“! Man schlägt auf mich ein, worauf ich mich verteidige, um dann im geeigneten Augenblick in eine Quergasse hineinzurennen! Es beginnt eine regelrechte Hejagad nach meinem „Stalp“! —

Als Spezialist von andern Orienthäfen her, gelingt es mit aber,

sie irre zu führen, und ich konnte eine Stunde nach Begium meiner Wache auf meinen „Atellener“ an der Pier.

Um eine Erfahrung reich.

„Kaufe lieber noch ein drittes und viertes Duzend Zigarettenpostkarten, ehr du Richter Lhach zum „Freunde“ host!“

Edisons älteste und neueste Erfindung. Der achtzigjährige Edison ist zwar noch immer ein rüstiger, kräftiger Mann, der es mit dem Jüngsten aufnehmen, aber vor Ausfragen hat er eine Heidenangst. Und nun denke man sich das amerikanische Reporter, diese ausdauernden und jähelsten aller Menschen, die vor keinem Mittel zurückschrecken, wenn es gilt, irgendeine Berühmtheit den geehrten Lesern ihres Blattes mundgerecht zu servieren. Also diesen Männern, die nie und nimmer locker lassen, kann auch Edison nicht entgehen, und vor kurzen erst — so erzählen die „Annales“ — gelang es einer Anzahl von ihnen, den berühmten Erfinder in einer Saalecke zu blockieren, so daß er vor gestakten Bleistiften sich offenbar mühte. Welches war Ihre erste Erfindung, Mister Edison? — trugte mit bezauberndem Lächeln eine jüngere Dame. — „Das kann ich Ihnen gern sagen,“ antwortete Mister Edison. „Ich war damals noch ein junger Bursche und verkaufte auf den Straßen Zeitungen. Auf diese Weise erfuhr ich eines Tages sozusagen aus erster Quelle von einem ungeheuren Diebstahl, der in einem Hause eines reichen Bankiers begangen worden war. Ich ging auf der Stelle zu dem reichen Bankier und sprach dieses: „Wie Sie mich hier sehen, bin ich Erfinder eines Apparats, der hinfort jeden Einbrecher, der sich Ihrem Geldschrank zu nähern wagt, in Ihre Gewalt bringen muß.“ — „Ausgezeichnet! Und was verlangen Sie für Ihre Erfindung?“ — „D, nichts weiter als die Hand Ihrer Tochter.“ — „Sollen Sie haben.“ Ich machte mich sofort an die Arbeit, und zwei Tage später schon lag mein Schwiegerbrater in spe krank im Bett; ich ging zu ihm und sagte: „Richt wahr, Pflter, Sie haben in der vorigen Nacht Ihren Geldschrank öffnen wollen? Und da bekamen Sie nun einen elektrischen Schlag, der Sie zu Boden warf, so daß Sie sich jetzt noch nicht rühren können. Das ist meine Erfindung!“ Die Journalisten schürften Edisons Worte förmlich ein. „Und wie war es mit der Tochter des Bankiers?“ trugte die junaere Dame, die im Zeitungslach herandröhnte. „Ich habe sie nicht geheiratet!“ sagte Edison böster. — „Und welches ist Ihre jüngste Erfindung?“ fragte darauf einer der Journalisten, um dem Interessem einen würdigen Abschluß zu geben. — „Das ist die Geschichte, die ich Ihnen eben erzählt habe,“ lachend Edison, indem er sich mit der Schnellfüßigkeit eines Jünglings aus dem Staube machte. . . .

Der Obolus des Charon. Viele antike und heidnische Bräuche sind in den christlichen Kult übernommen worden. Neu dürfte den meisten Menschen jedoch sein, daß man sogar den Toten, die in christlichen Kirchen beigelegt wurden, noch im Zeitalter des Barock und Rokoko einen Obolus mitgab, damit der homerische Fuhrmann Charon sie an das jenseitige Ufer des Stromes der Unterwelt befördere. Ueber diesen seltsamen Brauch gibt eine Mitteilung der „Societe Polymathique de Vannes“ Aufschluß. In einer Kirche von Port Louis, die zwischen 1667 und 1666 restauriert worden war, fand man unter den Steinplatten des Fußbodens zahlreiche Gräber aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Aus dem Zustande der Skelette war zu erkennen, daß man wiederholt alte Gräber geöffnet hatte, um dort neue Tote beizulegen. Bei allen Toten, die nicht schon einmal in ihrer Ruhe gestört worden waren, entdeckte man unter dem Kopfe ein Geldstück, das bei dem Begräbnis dorthin gelegt worden war. Unter den Münzen war ein Heller aus der Zeit Ludwigs XIV., ein fünfzehnhellerstück aus der gleichen Epoche, ein Doppelheller aus Sedan und andere kleine Geldstücke. Auch eine Scheidemünze aus dem 16. Jahrhundert war dabei, die mit der Waise aus dem Jahre 1660 überstempelt worden war, damit das entwertete Geldstück das Aussehen eines gültigen fünfzehnhellerstückes gewänne. Man sieht also, daß man nicht gewillt war, für die „Boatfahrt“ der Toten einen anständigen Preis zu bezahlen, ja, daß man nicht einmal davor zurückschreckte, den armen Charon mit falschem Gelde zu betrügen.

„Die Attentatswahlen.“ Der in der Sonnabendnummer von „Unterhaltung und Wissen“ veröffentlichte Brief Liebnechts entstammt zwar dem Radaß Rottelers, war aber nicht — wie irrtümlich angegeben — an diesen, sondern wahrscheinlich an einen ausländischen Bekannten Liebnechts gerichtet.

